

1911/12



Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

2. 769/7
21

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
10. Oktober 1910

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Jettin (Zundel), Wilhelmshöhe,
Post Begetloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Einladung zum Abonnement. — Das Ergebnis des Parteitag zu Magdeburg. — Das Weib als Kulturträgerin. Von Gustav Schlein. — Scheidung der Ehe. I. Von Ernst Oberholzer. — Ein Lohnkampf in der Heimindustrie. Von Hk. — Gewerkschaftliche Frauenkonferenzen. Von Martha Hoppe. — Von der Arbeiterinnenbewegung in Oesterreich. Von a. p. — Wer trägt die Schuld? Von C. W. — Resolutionen und Beschlüsse der Zweiten Internationalen Frauenkonferenz zu Kopenhagen. Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Jahresbericht der Genossinnen in Halberstadt. — Die Beteiligung der Genossinnen am Magdeburger Parteitag. — Eindrücke einer Nichtsozialdemokratin auf dem Parteitag zu Magdeburg. — Eduard Matthes und Albert Röske † — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus der Textilarbeiterbewegung. Von h. j. — Gewerkschaftsbewegung der Arbeiterinnen in Schwerin. — Notizenteil: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Bevölkerungsbeziehung. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Verschiedenes.

denen die eine der besseren Ausrüstung der proletarischen Frau für die Pflichten als Mutter und Hausfrau wie einer guten bildenden Unterhaltungslektüre gewidmet ist, von denen die andere Kinderlektüre bringt, die in dem heranwachsenden proletarischen Geschlecht sozialistisches Fühlen und Denken fördern soll. Das Blatt hat im Laufe der letzten Jahre seinen Leserkreis um viele Tausende vermehrt. Wir hoffen, daß es sich im neuen Jahrgang die alten Sympathien erhält und neue Freunde erwirbt.

Der Preis der „Gleichheit“ beträgt vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfennig.

Probe- und Agitationsnummern werden jederzeit gratis abgegeben. Eine recht weite Verbreitung der „Gleichheit“ hofft

Die Redaktion und der Verlag.

Einladung zum Abonnement.

Die „Gleichheit“, das Organ der deutschen Genossinnen, beginnt mit dieser Nummer ihren 21. Jahrgang.

Wie in den vergangenen Jahren, so wird die Zeitschrift auch fernerhin die treue Beraterin der Proletarierinnen für ihre Beteiligung am Befreiungskampf ihrer Klasse sein. Sie wird wie seither mit aller Energie und Schärfe kämpfen für die volle soziale Befreiung der proletarischen Frauwelt, wie sie einzig und allein möglich ist in einer sozialistischen Gesellschaft. Denn nur in einer solchen verschwindet mit den jetzt herrschenden Eigentums- und Wirtschaftsverhältnissen die Ursache jeder gesellschaftlichen Unterdrückung und Unfreiheit: die wirtschaftliche Abhängigkeit eines Menschen von einem anderen Menschen; denn nur in einer solchen verschwindet mit den jetzt herrschenden Eigentums- und Wirtschaftsverhältnissen der Gegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, der soziale Gegensatz zwischen Mann und Frau, zwischen Kopfarbeit und Handarbeit. Die Aufhebung dieser Gegensätze kann jedoch nur erfolgen durch den Klassenkampf; die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk des Proletariats selbst sein. Will die proletarische Frau frei werden, so muß sie sich der allgemeinen sozialistischen Arbeiterbewegung anschließen. Und nur ihr, keineswegs aber der bürgerlichen Frauenrechtelei, die zwar zugunsten des weiblichen Geschlechtes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft reformieren will, aber grundsätzlich eine Revolution der Gesellschaft zugunsten der ausgebeuteten Klasse zurückweist. Die proletarischen Frauen zum Klassenkampf zu rufen und für den Klassenkampf zu schulen, das wird wie bisher so in Zukunft die vornehmste Aufgabe der „Gleichheit“ bleiben. Ihrem alten Programm getreu wird sie auch weiter werben für den Streit, in dem „ein Hüben und Drüben nur gilt“.

Daneben will jedoch die „Gleichheit“ noch weitere Aufgaben erfüllen. Jede Nummer hat zwei Beilagen, von

Das Ergebnis des Parteitags zu Magdeburg.

In der bürgerlichen Presse ist dem Parteitag zu Magdeburg eine dicke Staubwolke von Wertungen und Prophezeiungen vorausgewirbelt, bei denen offensichtlich der Wunsch nach Mauferung oder Spaltung der Sozialdemokratie der Vater des Gedankens war, und die gleiche Staubwolke ist ihm dort gefolgt. Das Bild der Arbeit, der Bedeutung der Tagung vermochte sie nicht einmal vorübergehend zu trüben. Zu klar trat es bei den bürgerlichen Meinungsäußerungen zutage, daß das, was der sozialdemokratischen Partei eigentliches und bestes Wesen ist, in der Welt der „Staatsbehaltenden“ noch immer nicht begriffen wird. So taumelt dort das Urteil über die Entwicklung der Sozialdemokratie stets nur von einer alten falschen Hoffnung zu einem neuen Irrtum.

Freilich: ein friedlicher und ruhiger Parteitag ist es nicht gewesen, der am Ufer der Elbe verhandelt und beschlossen hat. Allein er war Besseres als das: eine Tagung grundsätzlicher und taktischer Klärungen und Entscheidungen, kraftvoller Entschlossenheit. Darum wird er auch gerade für das weitere gesunde Leben der Partei in dem fruchtbar sein, was am heißesten im Verlauf der Verhandlungen umstritten worden ist. Bis jetzt sind noch immer die wichtigsten Entscheidungen für das Sein und Tun der Sozialdemokratie in leidenschaftlichem Ringen der Überzeugungen gefallen.

Entgegen unseren Wünschen haben die Auseinandersetzungen über die Budgetfrage nicht nur den breitesten Raum in den Magdeburger Verhandlungen gefordert, sondern auch unstrittig den Hauptteil des Interesses und der Energie der Delegierten absorbiert. Nach der Lage der Dinge war das unvermeidlich geworden. Die Budgetfrage trat nicht als eine abstrakte Doktorfrage vor die Sozialdemokratie. Sie war mit bestimmten Vorgängen und Strömungen innerhalb unserer Reihen verknüpft und mußte im Zusammenhang damit erfaßt werden. Die über große Mehrheit der Partei konnte demzufolge in der Budget-

bewilligung der badischen Landtagsfraktion — und ihrem Anhängsel, der „Hofgängerin“ — nicht eine beiläufige Handlung erblickt, die unter dem Zwange außerordentlicher Umstände im Gegensatz zu Prinzip und Taktik erfolgt war, wie sie bisher galten. Sie mußte die Vorgänge vielmehr als eine bewußte und gewollte Abkehr von Prinzip und Taktik werten, als eine Frucht des Revisionismus, der die Sozialdemokratie auf einen Boden und in Aktionsbahnen drängen will, die sich nicht mit ihrem Charakter als der Partei des organisierten proletarischen Klassenkampfes vertragen. Durch den Disziplinbruch und die erhobene Forderung, Dinge von der Tragweite der aufgerollten Fragen von den einzelnen Landsmannschaften beziehungsweise Landtagsfraktionen und nicht von der Gesamtheit der Partei entscheiden zu lassen, wurden die zerfahrenden, auflösenden Tendenzen der revisionistischen Strömungen scharf beleuchtet. Nicht eine Theorie, die Einheit und Geschlossenheit der Partei war es, die deren Mehrheit bedroht fühlte.

Solange der Revisionismus in der Theorie sich austobte, sich mühte, den stolzen, festgegliederten Bau der marxistischen Auffassung zu zerbröckeln, hatten die Massen der Genossen im allgemeinen verhältnismäßig ruhig zugehört und den heißen Streit der Meinungen oft genug nur als eine „Spielerei der Akademiker“ betrachtet. Wie anders, als der Revisionismus auf politischem Gebiet die Theorie in eine hervorragende Tat umsetzte, die mit ihren Folgen das starke, organische Gefüge der Partei gefährdete. Eine tiefe Erregung bemächtigte sich der Mehrheit der Genossen, ein mächtiger Protest erhob sich aus ihren Reihen. Erklärlich genug. Bei aller Anregung und Förderung — man ist versucht zu sagen Lebenslust —, welche die Theorie des Sozialismus gerade in Deutschland dem kämpfenden Proletariat verdankt, ist diese Theorie doch die Schöpfung einzelner, die den Massen wegbeleuchtend voranschreiten. Die Einheit und Geschlossenheit der Partei, ihre Kraft und Größe ist dagegen der Massen ureigenstes Werk, zu dem jeder einzelne, wenn auch ungenannt und unbekannt, opferfreudig, tatkräftig sein Bestes beigetragen hat. Und wahrhaftig: es ist ein gewaltiges Werk wie kein zweites, dessen die klassenbewußten proletarischen Massen Deutschlands sich rühmen dürfen. Das richtige Augenmaß für diese ihre unsterbliche geschichtliche Leistung erhält man, wenn man die vom sozialistischen Geiste erfüllten Kampfsorganisationen des deutschen Proletariats nach Kraft und Gehalt mit der sozialistischen Bewegung solcher Länder vergleicht, wo Generalstäbe hervorragender Persönlichkeiten vorhanden sind, aber das eigentliche Werk der Massen aus den verschiedensten Umständen noch fehlt. Die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Sozialdemokratie ist ja mehr als ein sinnreich gefügter organisatorischer Aufbau, es ist das bedeutendste Stück bewußten geschichtlichen Klassenlebens der Proletarier Deutschlands selbst, ist die zu Fleisch und Blut verkörperte Idee ihres Befreiungskampfes. Nur wenn man die Budgetbewilligung in Baden mit ihrem gesamten Um und Auf im Lichte der aufgezeigten Zusammenhänge betrachtet, versteht man die Erregung, um nicht zu sagen Erbitterung, die sie in breiten Schichten der Parteigenossenschaft ausgelöst hat, vermag man den Verlauf der Auseinandersetzungen über die Budgetfrage richtig zu würdigen.

Um der Einheit und Geschlossenheit der Partei willen war die Majorität revisionistischen „Extratouren“ führender Genossen oder einzelner Gruppen bisher nicht mit aller Entschiedenheit entgegengetreten. Die hervortretenden Gegensätze waren abgestumpft, nicht ausgetragen worden. Nun aber, da der Revisionismus die Einheit und Geschlossenheit der Partei selbst in Frage stellte, mußte eine unzweideutige Entscheidung fallen. Gewiß: es ist in Magdeburg heftig, leidenschaftlich um diese Entscheidung gekämpft worden. Jedoch nichtsdestoweniger im allgemeinen mit der größten Sachlichkeit und der Befundung brüderlicher Gesinnung. Was anderes denn als brüderliches Entgegenkommen hatte die Majorität bestimmt, ihren Zusatzantrag zur Resolution des Parteivorstandes zurückzuziehen? Es bedurfte der Provokation von Seiten des Genossen Frank, der das Entgegenkommen als einen Rückzug der Mehrheit ver-

höhte, um nach der unzweideutigen sachlichen Absage an die revisionistische Praxis noch ihre klipp und klare formelle Beurteilung herbeizuführen. Äußerungen des Genossen Frank, die seither bekannt geworden sind, Ausführungen des „Volksfreund“ in Karlsruhe haben bekräftigt, wie notwendig es war, daß die Mehrheit zähe auf einem Beschluß bestand, der die ernsteste Mahnung zur Respektierung des Willens der Gesamtpartei enthält.

Zwei Tatsachen verdienen dabei besondere Erwähnung. Es sind die Massen der Parteigenossen selbst gewesen, nicht ihre theoretischen und politischen Führer, die dem Revisionismus seine erste große Niederlage auf dem Gebiet der politischen Praxis beigebracht haben. Das feststellen heißt nicht etwa unterschätzen, was führende Theoretiker und Politiker jetzt und all diese Jahre im Kampfe gegen den Revisionismus und für die grundsätzliche Schulung des Proletariats geleistet haben, es heißt nur der ausschlaggebenden Rolle einer prinzipiell klaren Mehrheit in der Partei gerecht werden. Es war der feste Zusammenhalt und das planmäßige Vorgehen der Vertreter dieser Mehrheit auf dem Parteitag, die den Sieg gesichert haben. Der Kampf um die Budgetfrage, der in Magdeburg seinen Abschluß fand, hat in der Folge sicherlich das Macht- und Verantwortlichkeitsgefühl der politisch organisierten Massen gesteigert, ebenso ihre Erkenntnis von der Notwendigkeit engen Zusammenschlusses und systematischer Geltendmachung ihres Einflusses. Ein hoffnungreicher Ausblick auf die Zukunft. Wir würden die geschichtlichen Wurzeln der revisionistischen Strömungen übersehen, wollten wir uns der freundlichen Illusion hingeben, daß mit dieser einen gewonnenen Bataille das Geschick des Opportunismus in unseren Reihen für immer besiegelt sei. Die wahre, dauernde Kraft zu seiner Überwindung liegt aber nicht in Parteitagresolutionen, so tadellos sie gefaßt sein mögen, sondern in der geklärten Auffassung der Massen und ihres stahlharten Willens zur Aufrechterhaltung der grundsätzlichen Richtlinien ihres Kampfes. Es wäre töricht, sich der Erkenntnis zu verschließen, daß die unbeugsame Entschlossenheit der Mehrheit in Magdeburg mehr als einem tüchtigen Mitstreiter vorübergehend wehe tun muß. Die Politik ist „kein Kinderspielen“. Trotzdem hat diese „dogmatische Hartnäckigkeit“ mehr dazu getan als jede blumige Verhüllung der Gegensätze, der Gefahr einer Spaltung in der Partei vorzubeugen. Nicht zerrissen, geschlossener ging die Sozialdemokratie aus dem harten Kampfe der Meinungen hervor. Das wurde feierlich mit den Erklärungen bekräftigt, durch welche süddeutsche Vertreter des Minoritätsstandpunktes ihre volle brüderliche Solidarität mit den preussischen Wahlrechtskämpfern versicherten.

Es liegt in der Natur der Menschen und Dinge, daß nach den erschöpfenden Debatten um die Budgetbewilligung die preussische Wahlrechtsfrage nicht in ihrer ganzen Tiefe und Breite ausgerollt wurde. Immerhin hat ihre Behandlung ein wichtiges Resultat gezeitigt. Mit ihrer Forderung, den Gedanken des Generalstreiks vor den Massen zu erörtern, ihn unter diesen zu propagieren, zog die Resolution der Genossen Luxemburg scharf die Konsequenzen der letzten Phase des preussischen Wahlrechtskampfes. Die Resolution ward zum Mittelpunkt einer Auseinandersetzung, die ungemein aufrüttelnd und anregend auf die proletarischen Massen außerhalb des Parteitags zurückwirken wird. Das aber nicht nur durch die Gedankenreihen, welche von denen aufgestellt wurden, die mit Genossin Luxemburgs Auffassung übereinstimmen, sondern sicherlich nicht weniger durch die recht schiefen Argumente der Gegenseite. Das positive Ergebnis der einschlägigen Debatten — die Annahme des ersten Absatzes der Resolution Luxemburg, deren zweiter Teil zurückgezogen wurde — ist gewiß beachtenswert und bedeutet einen wesentlichen Fortschritt über den Beschluß von Jena hinaus. Der Massenstreik ist ausdrücklich als Kampfwaffe anerkannt worden, die gegebenenfalls im preussischen Wahlrechtskampf zur Anwendung kommen kann und kommen muß. Jedoch bedeutender noch dünkt uns, daß die Resolution von vornherein 62 Unterschriften erhalten hatte, und daß von der Tribüne des sozialdemokratischen Parteitags herab, von der

die Worte weithin hallen, die Aufmerksamkeit der größten Kreise Werttätiger auf die im Proletariat schlummernde Macht gelenkt ward, die den Massenstreik im Kampfe wirksam werden läßt. Die Verhandlungen haben damit erreicht, was die Resolution im wesentlichen bezweckte: dem Bereitmachen, dem Bereitsein der Massen vorzuarbeiten, die in der umstrittenen Frage das letzte entscheidende Wort haben.

Der frische, kraftgeschwellte Kampfesgeist des revolutionären Proletariats, der heuer stärker als in manchen Vorjahren die Tagung der Sozialdemokratie belebte, kam auch in dem Bericht über den Internationalen Kongreß zum Ausdruck, sprühte aber vor allem in dem Bericht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Abrechnung mit der gesamten Politif der ausbeutenden und herrschenden Klassen wie mit dem persönlichen Regiment war von erquickender Schneidigkeit und Wucht. Die Entschiedenheit, mit der Genosse Noske die demokratische Republik als eine der wichtigsten Lösungen des nächsten Wahlkampfes proklamierte, hat weit über den Parteitag hinaus ein freudiges Echo bei allen gefunden, die sich klar darüber sind, daß das persönliche Regiment der persönliche Feind des kämpfenden Proletariats ist, daß die Monarchie in Deutschland als stärkste Trutzveste die Interessen der besitzenden Minderheit schirmt. Das treffliche Referat über die Reichsversicherungsordnung, die Resolution gegen die Vernichtung der politischen Freiheiten Finnlands und den Besuch des Henkerzaren in Deutschland nebst ihrer prächtigen Begründung, die andere gegen die Fleischsteuerung und ihre agitatorisch wirksame Befürwortung: schließen sich den übrigen Ruf zu Rüstung und Kampf würdig an.

Neben den Janfaren zum Aufmarsch in die Schlachtlinie die eindringlichen Mahnungen zu ruhiger, stiller, aber ziellarer Arbeit. An erster Stelle sei in diesem Zusammenhang der Behandlung der Genossenschaftsfrage gedacht, die durch ein lichtvolles, prinzipiell wohl erwogenes Referat eingeleitet wurde. Nach allem, was wir in den vorausgegangenen Nummern dieses Blattes zur Frage selbst geschrieben haben, brauchen wir heute den Genossinnen nur eines hinzuzufügen: „Seid Täter des Wortes und nicht Hörer allein!“ Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, daß im Anschluß an die Berichte des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion, sowie an vorliegende Anträge eine Reihe von Beschlüssen gefaßt worden sind, die die Ausgestaltung der Organisation und Presse, die Förderung der Agitation, den Kampf für Reformen usw. betreffen.

Der Parteitag zu Magdeburg hat sein gut Maß fleißiger, einsichtsvoller Kleinarbeit geleistet, er hat darüber hinaus weittragende Entscheidungen gebracht, die ihn den wichtigsten seiner Vorgänger in der Geschichte der Sozialdemokratie zur Seite stellen. Das klassenbewußte Proletariat Deutschlands kann mit seinem Werke vollauf zufrieden sein.

Das Weib als Kulturträgerin.

Von Gustav Eckstein.

Wenn die bürgerliche Frau heute energisch die Zulassung zu den sogenannten liberalen Berufen verlangt, in denen das wirtschaftliche und soziale Schwergewicht mehr in der geistigen als in der körperlichen Arbeit ruht, dann ist es einer der beliebtesten Einwände, der ihr von seiten der die Konkurrenz fürchtenden Männer ihrer Klasse entgegengehalten wird, daß das Weib seiner Natur nach dem Manne geistig nicht ebenbürtig sei. Zum Beweis dafür beruft man sich mit Vorliebe darauf, daß es noch keinen weiblichen Philosophen, Dichter, Naturforscher oder Erfinder vom Range eines Kant, Goethe, Newton oder Edison gegeben habe, daß sich vielmehr die Leistungen der Frauen auf all den betreffenden Gebieten noch kaum über das Niveau der Mittelmäßigkeit erhoben hätten. Die Herren haben sofort eine Antwort bereit, wenn ihnen erwidert wird, daß die Frauen bisher eben keine Gelegenheit gehabt hätten, sich auf diesen Gebieten genügend zu betätigen, um die ihnen eigentümlichen Fähigkeiten in solchen Richtungen

zu entwickeln. Sie verweisen dann darauf, daß die Frau auch auf den Gebieten, die sie seit Jahrhunderten beherrscht, wie das der Kochkunst, der Näherei usw. weder Erfindungen gemacht, noch sie überhaupt in eigenartiger Weise gefördert und bereichert habe. Die ganze bisherige Kulturentwicklung soll ihrer Meinung nach eine spezifisch männliche sein, dem Manne verdanke die Menschheit alles, was sie an Kultur besitzt.

Wir wollen uns hier nicht darauf einlassen, die Schiefheit dieser ganzen Argumentation in allen Punkten nachzuweisen. Aber schon die Behauptung selbst ist falsch, auf die sie sich stützt: die großen Kulturerrungenschaften, die die Menschheit emporgeführt haben aus dem Bereich der Tierheit in das der Kultur, sind nicht ausschließlich männlichen Ursprungs. Die vergleichende Völkerkunde hat heute bereits mit voller Sicherheit den Nachweis erbracht, daß die Menschheit einige gerade ihrer allerwertvollsten Kulturerrungenschaften in hervorragendem Maße auch der Arbeit und dem Geiste des Weibes verdankt. Freilich handelt es sich dabei nicht um einzelne geistige Großtaten, sondern um Entwicklungen, die jedenfalls Jahrtausende in Anspruch genommen haben. Wir kennen nicht die Namen einzelner Frauen, denen wir diese großen Fortschritte und Errungenschaften zuschreiben könnten. Wir wissen nur, daß zu den größten und bedeutungsvollsten Pionieren der Menschheit Frauen gehört haben, und unsere Dankbarkeit muß sich daher nicht an einzelne Personen richten, sondern an das Geschlecht.

Der Ursprung der großen Errungenschaften, von denen hier die Rede ist, liegt viele Jahrtausende hinter uns, und keine geschichtliche Überlieferung berichtet von ihm und den nächsten Entwicklungen. Die Tatsachen der vergleichenden Völkerkunde und Sprachforschung sowie eine große Reihe historischer Fakten berechtigen uns jedoch nicht nur, sondern zwingen uns geradezu zu dem Schlusse, daß es Frauen waren, die die ersten Trägerinnen jener Grundlagen des materiellen und geistigen Fortschritts waren.

Um den Gang dieser Beweisführung zu verstehen, müssen wir uns zunächst für einen Augenblick in jene längst vergangene Zeit zurückversetzen, in der der Mensch überhaupt erst zum Menschen wurde, das heißt, in der er sich von seinen affenähnlichen Vorfahren zu unterscheiden und jene Entwicklungsrichtung einzuschlagen begann, in der er seither bis zur Höhe des heutigen Europäers oder Ostasiaten fortgeschritten ist. Diese Entwicklung wurde aller Wahrscheinlichkeit nach dadurch herbeigeführt, daß der affenartige Vorfahr des Menschen durch irgend welche Ereignisse veranlaßt oder gezwungen wurde, die bergenden Wipfel der Bäume, in denen er bis dahin gelebt hatte, zu verlassen und sich auf dem flachen Boden weiter zu bewegen. Vielleicht wurde er aus den Baumregionen durch überlegene Feinde verdrängt; wahrscheinlicher ist es, daß in den von ihm bewohnten Gegenden der Baumwuchs aus irgend welchen Gründen zurückging. Dieser Wechsel in der Lebensweise gehört wohl für uns zu den folgenschwersten Ereignissen in der ganzen Erdentwicklung. Die rückwärtigen Gliedmaßen dieser Vorfahren des Menschen wurden nun kräftiger, ihre Greifhand gestaltete sich allmählich zum Fuß um, der Gang und die Körperhaltung wurden aufrecht, und dadurch wurde die Hand frei. Sie hatte bisher nur dazu gedient, Zweige zu ergreifen, um sich an ihnen fortzubewegen, Früchte, um sie zu verzehren, und hie und da wohl auch schon Steine oder Hölzer zum Schlagen und Werfen. Jetzt entfiel die erstere Verwendung wohl fast ganz, und dadurch war die Möglichkeit geboten, die anderen Fähigkeiten dieses Organs immer höher zu entwickeln. Dazu drängte aber die bittere Not. Denn der flache Boden gewährte gegen Feinde lange nicht den Schutz, den die Baumwipfel geboten hatten. An Schnelligkeit konnte es das noch immer affenähnliche Wesen auf flachem Boden gewiß weder mit den Raubtieren aufnehmen, die ihm nachstellten, noch mit den flüchtigen Pflanzenfressern, die es nun jagte. Die bisherige reine Pflanzenkost, vermischt mit Eiern, Vögeln, Käfern, Würmern und anderen derartigen Belebten, reichte nun nicht mehr zur Ernährung aus, da die Baumfrüchte wegfielen. Es war daher gezwungen, sich auch andere Nahrungsquellen zugänglich zu machen.

So trat der Mensch unter Bedingungen in den Daseinskampf, die in fast jeder Hinsicht ungünstig waren. Ohne natürliche Waffen, wie Klauen und Hörner, auf dem neuen Gebiet verhältnismäßig ungenügend und langsam, dabei ohne genügenden Vorrat der ihm von früher her vertrauten Nahrungsmittel, wäre er dem Untergang geweiht gewesen, wenn er nicht in der Hand das Werkzeug der Werkzeuge, in der wenn auch noch sehr unentwickelten Sprache das beste Mittel des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der gegenseitigen Hilfe gehabt hätte, und wenn sich nicht durch den Gebrauch dieser beiden Organe sein Geist in ungeahnter Weise zu entwickeln imstande gewesen wäre.

In diesem schweren Kampfe ums Dasein machte sich nun ein Unterschied sehr bemerkbar, der früher in dieser Hinsicht keine so große Rolle gespielt hatte. Bei den gesellig lebenden Affen ist in der Art, wie die Männchen und Weibchen der Nahrungssuche nachgehen, kein wesentlicher Unterschied. Anders ward es jedenfalls beim Urmenschen. Hier begann der Mann sich hauptsächlich der Jagd auf Tiere zuzuwenden. Das Weib stand zwar wahrscheinlich dem Manne an Körperkräften nicht viel nach; aber die Gewandtheit und Gelegentlichkeit des weiblichen Körpers waren meist gerade während der Zeit der höchsten körperlichen Entwicklung zeitweilig wesentlich herabgesetzt. Der Geschlechtsverkehr begann jedenfalls schon sehr bald nach der Erlangung der Geschlechtsreife, und von da ab folgten die Schwangerschaften verhältnismäßig rasch aufeinander. Dazu kam noch, daß die Kinder sehr lange gesäugt werden mußten. Tierische Milch konnte damals natürlich als Ersatz der Muttermilch nicht in Frage kommen. So schleppte das Weib stets ein oder mehrere Kinder mit sich, oder wenn es diese in ihrer Verhauung gelassen hatte, konnte es sich nicht weit davon entfernen. Von einer Jagd auf flüchtiges Wild konnte unter solchen Umständen natürlich im allgemeinen nicht die Rede sein. Das Weib war daher für sich und seine Kinder auf die Nahrung angewiesen, die von der Jagd unabhängig war, also auf Früchte, Wurzeln und kleine Tiere, wie Eidechsen, Frösche, Insekten, Würmer und ähnliches.

Für diese ganze Entwicklung haben wir allerdings keine direkten Zeugnisse. Schriftliche Urkunden aus jener Zeit gibt es natürlich nicht; wir besitzen selbst von den Übergangsformen zwischen Tier und Mensch bisher erst sehr geringe Überreste, von der Lebensweise und Kultur aber jener Geschöpfe fast gar keine. Immerhin wissen wir, daß die Vorfahren des Menschen den Affen sehr ähnlich waren und jedenfalls auch ein Leben geführt haben, das dem der heute noch existierenden Affenarten gleich. Ferner kennen wir die wirtschaftlichen Zustände von ganz primitiven Wilden, von Jägern, die in ihrem ganzen geistigen Leben über die tierische Stufe noch nicht sehr weit hinausgekommen sind. Wir sind daher zu der Annahme gezwungen, daß unsere Vorfahren den Weg vom Leben des Affen bis zu dem des primitiven Jägers in irgend einer Weise zurücklegen mußten. Eine nähere Betrachtung dieser allerzuletztgebliebensten Wilden zeigt uns aber, daß bei ihnen die Nahrungsfürsorge zwischen den Geschlechtern in der Weise geteilt ist, daß der Mann für die tierische Nahrung sorgt, für Wild und eventuell auch Menschen, die verzehrt werden, während das Weib die pflanzliche Kost herbeischafft, die allerdings stets durch kleine Tiere ergänzt wird. Je genauer man diese Verhältnisse der zurückgebliebensten Wilden kennen lernt, desto mehr gewinnt die soeben vorgetragene Theorie über die ursprünglichsten Formen des menschlichen Wirtschaftslebens an Wahrscheinlichkeit. Doch sind für uns hier weniger diese Theorien von entscheidender Bedeutung als die Tatsachen der vergleichenden Völkerkunde selbst. Über das Leben der Naturvölker ist in den letzten Jahrzehnten eine riesig umfangreiche Literatur entstanden. Eine der merkwürdigsten Tatsachen, die dabei zutage traten, ist die, daß die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände bei den primitiven Jägerwölfen der verschiedensten Länder und Rassen eine außerordentliche Ähnlichkeit aufweisen. In erster Linie ist bei ihnen allen die Arbeitsteilung der Geschlechter auffallend. Aus der großen Fülle der Beispiele können wir hier nur ein paar besonders bezeichnende hervorheben.

So berichtet zum Beispiel Bonwick von den nun bereits ausgestorbenen Tasmaniern, daß die Männer nur diejenige Nahrung aufbrachten, die die Känguruojagd liefern konnte; die Frauen dagegen hatten auf Bäume zu klettern, um Beutetierchen zu fangen, Wurzeln mit Stöcken auszugraben, Muscheln zu suchen, nach Austern im Meere zu tauchen und Fische zu fangen und außerdem die kleinen Kinder zu pflegen und aufzuziehen. Ähnlich erzählt Lumholz von den Bewohnern von Nordqueensland: „Bei den Australnegern sind es die Frauen, die wesentlich für den täglichen Bedarf an Nahrungsmitteln zu sorgen haben. . . Die Frau muß alle grobe Arbeit verrichten, mit ihrem Korb und Stod ausgehen, um Früchte zu sammeln, Wurzeln auszugraben und Larven aus den Bäumen zu hauen. . . Der Beitrag des Mannes besteht gewöhnlich in Honig, manchmal auch in Eiern, Wild, Eidechsen usw. Animalische Speise behält er am liebsten für sich selbst, und die Frau ist meistens auf Pflanzenkost angewiesen, die sie für sich und ihr Kind schafft. Der Mann treibt die Jagd mehr zum Vergnügen als zum Nutzen seiner Familie, um die er sich nicht viel kümmert. . . Er kommt oft mit leeren Händen ins Lager zurück, nachdem er das Erlegte auf der Stelle verzehrt hat.“ Große faßt deshalb alle diese Beobachtungen zusammen: „Die niederen Jägerwölfer,“ sagt er, „leben von den Tieren, welche die Männer erbeuten, und von den Wurzeln und Früchten, welche die Weiber sammeln. Man schätzt überall die animalische Nahrung am höchsten, aber man kann die vegetabilische fast nie gends entbehren.“ Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese Notwendigkeit der gegenseitigen Ergänzung erst zur Ehe als der dauernden Vereinigung von Mann und Weib geführt hat, wie dies Müller-Lyer in seinem höchst lesenswerten Buche „Phasen der Kultur“* sehr schön darlegt.

Wenn nun der Wildreichtum des Landes abnahm, in dem die unständigen Jäger umherschweiften, mußte das Schwergewicht der Nahrungsfürsorge sich immer mehr auf die Seite der Frau neigen, besonders wenn zugleich die Bevölkerung wuchs. Es hing nun von der Frau, ihrer Geschicklichkeit, ihrem Eifer, nicht zum mindesten aber auch von ihrer Findigkeit ab, ob sie genügend Nahrung herbeischaffe, daß auch der Mann wenigstens zeitweilig davon leben konnte. Das ist der Zeitpunkt der Erfindung des Feldbaus. Die Frau war zum Zwecke des Abschlagens von Früchten, Ausgrabens von Wurzeln, Wärmern usw. mit einem Stode ausgerüstet. Sobald ihre Arbeit zu Ehren kam, wurde dieser Stod zum Abzeichen der Frauenwürde, mit dem zum Beispiel die Australierin Fest und Tanz besucht. So wie sich nun aus dem Stein und Wurzholz, mit dem der Mann seine Jagdbeute erlegte, später die Schleuder, der Speer und Pfeil und Bogen entwickelten, so ist der Grabstod des Weibes der Vorfahre von Spaten und Pflug.

Der Gedanke scheint nahe zu liegen, Pflanzen nicht jedesmal erst aufzusuchen, sondern sie zu ziehen; und doch liegt darin eine geniale Leistung, die höchstwahrscheinlich, wenigstens in den meisten Fällen, von Frauen ausgegangen ist. Vielleicht hat die Beobachtung, daß in der Nähe der Wohnstätte weggegrabene oder in der Erde zur Aufbewahrung vergrabene Feldfrüchte neue Pflanzen erstehen ließen, die wieder Früchte trugen, eine vermittelnde Rolle gespielt. Jedoch auch dann noch gehört für einen Menschen auf so niedriger Kulturstufe eine scharfe Beobachtungsgabe und eine schöpferische Einbildungskraft dazu, um diese gelegentliche Beobachtung den Zwecken der Wirtschaft dienstbar zu machen. Das ist ja gerade für die genialsten Entdeckungen und Erfindungen kennzeichnend, daß das Resultat so verblüffend einfach ist. (Schluß folgt.)

Scheidung der Ehe.

I.

In der Ordnung der Ehescheidung hat sich das Bürgerliche Gesetzbuch auf den Standpunkt des Verschuldungsprinzips

* München 1908, J. F. Lehmanns Verlag. Seite 142.

gestellt, das heißt es knüpft die Scheidung an das Vorhandensein eines Verschuldens der Ehegatten. Von diesem Prinzip ist nur insofern eine Ausnahme gemacht, als auch unheilbare, mindestens drei Jahre andauernde Geisteskrankheit als Scheidungsgrund anerkannt wird.

Die Scheidungsgründe der gegenseitigen Einwilligung und der unüberwindlichen Abneigung, die unter der Herrschaft des preussischen Landrechtes Geltung hatten, sind vom Bürgerlichen Gesetzbuch nicht übernommen worden. Unter seiner Herrschaft gibt es somit keine Möglichkeit, eine Ehe zu trennen, die ohne Verschulden eines Ehegatten ihres sittlichen Gehaltes vollkommen entleert und zur unerträglichen Fessel geworden ist. Der Gesetzgeber hat sich damit auf einen reaktionären Standpunkt gestellt.

Die Scheidungsmöglichkeit ist nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch, von einer einzigen Ausnahme abgesehen, an das Vorliegen eines Verschuldens eines Ehegatten gebunden. Ein solches Verschulden wird zunächst begründet durch Ehebruch, Bigamie und widernatürliche Unzucht zwischen Personen männlichen Geschlechts oder von Menschen mit Tieren. Um Scheidungsgründe zu bilden, müssen diese Handlungen vollendet sein; der Versuch des Ehebruchs, der Bigamie oder der widernatürlichen Unzucht bildet mithin keinen Scheidungsgrund. Das Scheidungsrecht ist fernerhin ausgeschlossen, wenn der klagende Ehegatte selbst dem Ehebruch oder der strafbaren Handlung zugestimmt oder sich der Teilnahme schuldig gemacht hat. Die Zustimmung braucht keine ausdrückliche zu sein; es genügt, daß der Ehegatte sein Einverständnis mit der Handlung in irgend einer Weise zum Ausdruck gebracht hat. Wie schon früher erwähnt worden ist, hindert der als Grund der Scheidung im Scheidungsurteil festgestellte Ehebruch die Ehe zwischen dem schuldig erklärten Ehegatten und der Person, mit welcher er den Ehebruch begangen hat, wenn nicht Befreiung von diesem Verbot bewilligt wird.

Weitere Gründe zur Scheidung liegen vor, wenn ein Ehegatte dem anderen nach dem Leben trachtet oder wenn ein Ehegatte den anderen bösslich verlassen hat. Der Tatbestand der Nachstellung nach dem Leben erfordert keine strafbare Handlung auf Seiten des schuldigen Ehegatten; es muß einfach der Wille, den anderen Ehegatten zu töten, bei ihm vorhanden sein; jede Handlung, durch welche die Absicht verwirklicht werden soll, ist dann ausreichend, um mit Erfolg als Scheidungsgrund geltend gemacht zu werden.

Die Scheidung wegen bösslichen Verlassens ist an außerordentlich schwierige Voraussetzungen geknüpft. Es liegt nämlich bössliche Verlassung nur vor: 1. Wenn ein Ehegatte, nachdem er zur Herstellung der häuslichen Gemeinschaft rechtskräftig verurteilt worden ist, ein Jahr lang gegen den Willen des anderen Ehegatten in bösslicher Absicht dem Urteil nicht Folge geleistet hat. 2. Wenn ein Ehegatte sich ein Jahr lang gegen den Willen des anderen Ehegatten in bösslicher Absicht von der häuslichen Gemeinschaft ferngehalten hat und die Voraussetzungen für die öffentliche Zustellung seit Jahresfrist gegen ihn bestanden haben. Diese Voraussetzungen der öffentlichen Zustellung sind unbekannter Aufenthalt der Partei oder bei einer im Ausland zu bewirkenden Zustellung Unmöglichkeit oder Erfolglosigkeit der Durchführung der für die Zustellung bestehenden Vorschriften. Die Voraussetzungen für die öffentliche Zustellung müssen bis zum Schlusse des Scheidungsverfahrens vorhanden sein. Wenn am Schlusse der mündlichen Verhandlung, auf die die Urteilsfällung erfolgt, der Aufenthalt des Ehegatten bekannt wird (es meldet sich beispielsweise der Ehegatte bei Gericht), so darf nicht geschieden werden, auch wenn die Frist von einem Jahre verstrichen ist und alle sonstigen Voraussetzungen einer bösslichen Verlassung vorliegen. Dem klagenden Ehegatten bleibt in einem solchen Falle nichts anderes übrig, als statt der Scheidung die Verurteilung zur Herstellung der häuslichen Gemeinschaft zu verlangen und dann abzuwarten, ob der verurteilte Ehegatte ein Jahr lang gegen seinen Willen in bösslicher Absicht dem Urteil nicht Folge leistet. In der Regel aber befindet sich der verlassene Ehegatte im zweiten

Falle in einer günstigeren Lage als im ersten, weil er nicht eine vorgängige Verurteilung des andern Ehegatten zur Herstellung der ehelichen Gemeinschaft zu erwirken hat.

Der Grund der bösslichen Verlassung bietet also durchaus keine leichte Scheidungsmöglichkeit; er läßt auch der Schikane einen sehr weiten Spielraum. Der zur Herstellung der häuslichen Gemeinschaft verurteilte Ehegatte kann zum Beispiel innerhalb Jahresfrist dem Urteil Folge leisten, die häusliche Gemeinschaft herstellen und einige Zeit darauf sie wieder aufheben. Dem verlassenen Ehegatten bleibt dann nur der eine Ausweg, wiederum von neuem die Klage auf Herstellung der häuslichen Gemeinschaft anzustrengen, und wenn sich das Spiel des verurteilten Ehegatten wiederholt, so muß abermals eine neue Klage erhoben werden. Vielleicht gelingt es solchenfalls dem schikanierten Ehegatten, mit einer Scheidungsklage durchzudringen, die sich auf einen der noch zu behandelnden relativen Scheidungsgründe stützt.

Die Häufung der Voraussetzungen beim Scheidungsgrund der bösslichen Verlassung verfolgt den Zweck, zu verhindern, daß Ehegatten sich seiner bedienen, um durch gegenseitiges Einverständnis die Scheidung der Ehe herbeizuführen. Es genügt deshalb nicht die einfache Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft auf die Dauer eines Jahres, sondern es muß die Aufhebung seitens des einen Ehegatten gegen den Willen des anderen und in bösslicher Absicht stattfinden. Der Richter hat die Pflicht, von Amts wegen zu erforschen, ob diese Voraussetzungen tatsächlich vorliegen, oder ob die Aufhebung der Gemeinschaft nur Mache ist. Die Trennung der Ehe wäre also zum Beispiel ausgeschlossen, wenn sich ergäbe, daß die klagende Ehefrau sich während der Zeit der bösslichen Verlassung in befriedigendem Sinne über das Getrenntleben ausgesprochen hat; das Erfordernis, daß der Ehemann gegen ihren Willen von ihr getrennt lebt, wäre eben nicht vorhanden. Die weitere Voraussetzung für die bössliche Absicht des von der häuslichen Gemeinschaft sich fernhaltenden Ehegatten ist, daß dieser das Bewußtsein hat, die durch die Ehe begründete Verpflichtung zur häuslichen Gemeinschaft zu verletzen. Dieses Bewußtsein ist ausgeschlossen, wenn der Ehegatte berechtigt ist, die Herstellung der häuslichen Gemeinschaft zu verweigern. Hierzu berechtigt ist er, wenn das Verlangen des anderen Ehegatten auf Herstellung der ehelichen Gemeinschaft sich als Mißbrauch seines Rechtes darstellt, oder wenn für ihn ein Recht besteht, auf Scheidung zu klagen. Hat sich ein Ehegatte Erwerbes halber im Ausland aufzuhalten oder wegen einer Krankheit der Behandlung und Pflege in einer Heilanstalt zu unterziehen, ist er in Untersuchungs- oder Strafhast gezogen, so würde das Verlangen des anderen Ehegatten, die eheliche Gemeinschaft herzustellen, zweifellos als Mißbrauch anzufassen sein. Auch wenn der Ehegatte im guten Glauben war, es liege ein Grund vor, die Herstellung der ehelichen Gemeinschaft zu verweigern, kann von bösslicher Absicht nicht die Rede sein.

Auf Scheidung der Ehe kann auch, wie schon erwähnt wurde, wegen Geisteskrankheit geklagt werden. Die Geisteskrankheit muß aber während der Ehe mindestens drei Jahre gedauert und einen solchen Grad erreicht haben, daß die geistige Gemeinschaft zwischen den Ehegatten aufgehoben und jede Aussicht auf Wiederherstellung dieser Gemeinschaft ausgeschlossen ist. Um dem geisteskranken Ehegatten die materiellen Existenzbedingungen nach Auflösung der Ehe zu wahren, wird er hinsichtlich des Unterhaltungsanspruches und der Auseinandersetzung so behandelt, wie wenn der auf Scheidung klagende Ehegatte für den allein schuldigen Teil erklärt wäre. — Der Ehegatte einer geisteskranken Person wäre durch das Bürgerliche Gesetzbuch beinahe zu einem ehelosen, qualvollen Leben verurteilt worden, denn die Zulässigkeit der Scheidung wegen Geisteskrankheit wurde erst bei der dritten Lesung im Reichstag beschlossen!

Ernst Oberholzer, Zürich.

Ein Lohnkampf in der Heimindustrie.

Im Herzen Deutschlands, am schönen Kyffhäusergebirge, wo nach der Sage Friedrich Nolbart verzaubert schlummert, tobt gegenwärtig ein Lohnkampf, der weit über die Grenzen des kleinen Sondershäuser Ländchens hinaus Bedeutung hat. Heimarbeiter sind es in der Hauptsache, die dort jezt um ihre Existenz ringen, Heimarbeiter, in denen noch nicht jede eigene Regung erstorben ist, ihres Glückes Schmied zu sein, wie dies leider bei der Bevölkerung in den meisten Glendbezirken der Heimindustrie der Fall ist.

Es sind die Perlmutterknopfdrechsler zu Frankenhäusen, die wiederum einen Vorstoß gewagt haben, um ihre äußerst verbesserungsbedürftige Lage zu heben. Der Zwergstaat Schwarzburg-Sondershausen wäre vielleicht vielen gar nicht einmal bekannt, hätte er sich nicht zu Lebzeiten der 26 deutschen Vereinsgesetze durch die rigorose Auslegung seiner vorzintstulichen Bestimmungen der Arbeiterschaft gegenüber des öfteren in unliebsame Erinnerung gebracht.

Hier am Kyffhäusergebirge ist der Hauptsitz der deutschen Perlmutterknopfindustrie. Aus diesem Gebiet kommen wohl die meisten jener schillernden Knöpfe, die in den kleinen und billigen Sorten für unsere Leibwäsche verwendet werden, in den größeren und besseren Formen für Bettwäsche, Damenblusen und zeitweise auch an Kleidern und Damenjackets modern sind.

In der Hauptsache werden die Knöpfe noch immer in der Heimindustrie hergestellt, wenngleich auch in diesem Produktionszweig der fabrikmäßige Betrieb nach und nach an Boden gewinnt. Wohl haben die Knopfdrechsler schon immer ihre „Fabrikanten“ gehabt, doch waren diese meist nicht viel mehr als die „Verleger“ im Erzgebirge. In den Fabrikräumen gelangte in der Regel nur das Rohmaterial zur Ausgabe an die Heimarbeiter, die fertige Ware und die Abfälle wurden zurückgenommen. Höchstens das Bohren der Knopfböcher, das Sortieren der Knöpfe nach der Farbe und das Ausnähen auf Kartons erfolgte in diesen Räumen. Die letztere Arbeit wird übrigens häufig auch wieder als Heimarbeit vergeben und herab bis zu 10 Pf. für vier Gros Knöpfe bezahlt.

Das Material bildet die Perlmutterchale, ursprünglich die Schale der Perlmuschel, deren Inneres bunt schillert. Zu Perlmutter werden heute außerdem auch Muscheln aus der Südsee, dem Persischen Golf, und aus Nordaustralien verwandt, die ein ähnliches Farbenspiel zeigen.

In Frankenhäusen, am Südhang des Kyffhäuser, beschäftigt diese Industrie annähernd 500 Arbeitskräfte, davon ein Viertel weibliche und jugendliche. Am Nordhang des Gebirges liegen die Orte Berga und Kelbra, wo etwa weitere 100 Personen in diesem Gewerbe ihr Brot verdienen. Fast in allen Häusern steht die Drehbank in den Wohnungen; meist dient die Wohnstube gleichzeitig als Arbeitsraum, in dem die ganze Familie lebt und die Kinder tagsüber schlafen. Vereinzelt findet man sogar die Drehbank in der Schlafstube. Mag es das Wohn- oder Schlafzimmer sein, das noch als Arbeitsraum benutzt werden muß: die Verquickung ist außerordentlich ungesund. Denn die Arbeit in den harten Muscheln entwickelt trotz der Wasserberieselung fortwährend einen harten Staub, der sich als weiße Schicht auf Kleider und Möbel niederschlägt und — in die Lunge dringt.

Der Heimarbeiter bekommt die Perlmutterchalen in der Fabrik sackweise zugewogen. Aus den Schalen werden zu Hause zunächst die Stücke in der Größe des künftigen Knopfes ausgebohrt. Das geschieht, indem der Arbeiter die Schale gegen einen in der Drehbank rotierenden zylindrischen Stahl hält, den Bohrer, dessen Stirnseite Sägezähne hat und sich wie eine Säge in die harte Masse einarbeitet. Die weitere Bearbeitung, das „Abschrubben“ (Passionieren) der Vorderseite des Knopfes erfolgt mit einem meißelförmigen Stahl ebenfalls auf der Drehbank. Das runde Stück Perlmutter wird zu diesem Zwecke in ein „Futter“ gespannt. Das Polieren geschieht bei den billigen Sorten durch ein Abkochen in Säure, bei den besseren durch den Druck eines mit Schwefelsäure befeuchteten Korfens. Das Einbohren der zum Annähen dienenden zwei oder vier Böcher wird auf ähnliche Weise meist durch jugendliche Arbeiter vorgenommen, während das Sortieren und Ausnähen auf Kartons noch billigerer weiblicher Arbeitskraft vorbehalten ist. Den polierten, zum Teil auch den bereits mit Böchern versehenen Knopf liefert der Heimarbeiter mit den Abfällen der Schalen dem Fabrikanten zurück. Die zu Knöpfen nicht verwertbaren Knoten der Schalen werden teilweise an anderer Stelle zu Perlen für Rosenkränze und dergleichen verarbeitet.

Die Bezahlung der Knopfdrechsler erfolgt fast ausschließlich im Akkord pro Gros Knöpfe. Daher dreht sich der Kampf der Arbeiter in der Hauptsache stets um die Höhe der Akkordsätze. Das gilt auch

von dem gegenwärtigen Kampfe, in dem außerdem die Festlegung eines Akkordtarifs verlangt wird. Welche Bedeutung ein solcher Tarif hat, kann man verstehen, wenn man sich vorgegenwärtig, daß über tausend Sorten Knöpfe hergestellt werden und daß bei den Großpreisen zum Teil mit Viertelpennigen gerechnet wird. Dabei macht es für den einzelnen viel aus, wenn der Fabrikant in der klauen Zeit dem Arbeiter nur dann Material mitgibt, wenn dieser einen halben oder ganzen Pfennig billiger liefert als früher. Daher der Wert, den die Arbeiter jezt auf die tarifliche Bindung der Akkordsätze legen.

Dank ihrer guten Organisation im Deutschen Holzarbeiterverband haben die Knopfdrechsler dieses Gebiets schon mehrfach Lohnbewegungen durchgeföhrt, um sich vor der drohenden Verelendung zu schützen, so erst einen langen Abwehrstreik im Vorjahr. Trotzdem ist ihr Verdienst ein äußerst niedriger. Der Durchschnittsatz beträgt heute in Frankenhäusen für erwachsene Arbeiter etwa 18 Mk., für Arbeiterinnen etwa 7 Mk. pro Woche, das aber nur bei voller Beschäftigung, die keineswegs immer vorhanden ist. Der farge Verdienst bewirkt es, daß Frau und größere Kinder mitverdienen müssen.

Es kommt aber auch vor, daß die Heimarbeiter selbst Arbeitsburschen halten, die sie von ihrem Verdienst entlohnen. Geordnetere Verhältnisse bezüglich Arbeitszeit und Luft herrschen dort, wo die Arbeiter bereits in Fabrikbetrieben beschäftigt werden, in diesem Falle ist auch das anstrengende Treten der Drehbank durch Wasser- oder Maschinenkraft abgelöst. Die für die Heimarbeit typischen Spuren von Luftmangel und Unterernährung zeigen sich trotzdem auch äußerst häufig bei den Fabrikarbeitern. Die Lohnverhältnisse sind in der Regel auch für die Fabrikarbeiter keine besseren.

Besonders erschwerend hat sich den Lohnkämpfen der Knopfdrechsler seither die billige österreichische Konkurrenz in den Weg gestellt. Vor allem aus Böhmen wurden sehr billige Knöpfe geliefert. Nun hat aber dort, wenn auch langsam, die Organisation ebenfalls ihren Einzug gehalten. In Wien stehen die Perlmutterknopfdrechsler zurzeit auch in einer Lohnbewegung und fordern eine Erhöhung des Lohnes um 6 bis 8 Heller pro Gros. Man hofft, daß bei einem Erfolg auch die Arbeiter in Böhmen ihrem Beispiel folgen werden. Erfolge der dortigen bisher so anspruchstosen Arbeiterschaft werden indirekt auch den kämpfenden deutschen Brüdern zugute kommen.

In Frankenhäusen haben 400 Arbeiter und etwa 70 Arbeiterinnen zum letzten Mittel im Lohnkampf, zum Ausstand gegriffen. Sie müssen einen Ausgleich herbeiföhren für die Verteuerung der Lebenshaltung, an der sie keine Schuld tragen. Mit gutem Recht könnten die Arbeiter ein Mehr verlangen, könnten sie fordern, daß sie für ihr hartes Mähen nicht nur das Allernotwendigste für das Fristen des nackten Lebens erhalten, sondern die Möglichkeit, die Ansprüche auf Freude und Genuß zu befriedigen, die im Einklang mit der heutigen Kultur stehen. Möge darum den kämpfenden Erfolg beschieden sein. Dann wird ihr Beispiel auch den Heimarbeitern anderer Berufe zeigen, daß es einen Weg gibt, der aus dem Glend föhrt, eiserner Wille und Organisation! sk.

Gewerkschaftliche Frauenkonferenzen.

Der Deutsche Textilarbeiterverband veranstaltete — wie die Gleichheit bereits berichtet hat — im Frühjahr dieses Jahres für jeden seiner zwölf Gaue eine Arbeiterinnenkonferenz. Zu diesen Tagungen versammelten sich alle diejenigen weiblichen Mitglieder des Textilarbeiterverbandes, die der Aufforderung des Zentralvorstandes entsprechend von den Ortsverwaltungen zur Mitarbeit herangezogen worden waren. Diesen neugewonnenen Kräften wurde auf den Konferenzen durch instruktive Referate Agitationsmaterial übermittlelt. Des weiteren sollten diese Veranstaltungen dazu dienen, die einzelnen tätigen Mitglieder einander näher zu bringen.

Auf den Konferenzen gelangte eine Resolution folgenden Inhalts zur Annahme: Die Teilnehmerinnen an der Konferenz sind in Zukunft zu aller agitatorischen Wirksamkeit heranzuziehen. Zu ihrer Weiterbildung ist ihnen „Gleichheit“, „Korrespondenzblatt“ und „Arbeiterjugend“ zu liefern. Bis zur nächsten Arbeiterinnenkonferenz, die im Herbst dieses Jahres stattfinden soll, sind Bezirkskonferenzen zu veranstalten. Mit Rücksicht auf den Umstand, daß sich die Arbeiterinnen mit den ihnen völlig neuen Aufgaben erst allmählich vertraut machen müssen, wurde die Vorbereitung und Einberufung der Bezirkskonferenzen den einzelnen Gauleitungen überlassen, die die jeweiligen Verhältnisse am besten kennen.

Einige dieser Bezirkskonferenzen haben bereits stattgefunden, andere werden vorbereitet. Im Gau Schleisien wurden drei Konferenzen einberufen. An der Zusammenkunft für das Gulingebirge, die in Freiburg getagt hat, nahm auf besonderen Wunsch der

Gauleitung und der tätigen Gewerkschafterinnen die Unterzeichnete teil, die auf der schlesischen Arbeiterinnenkonferenz im Frühjahr referiert hatte. Zu der Tagung in Freiburg waren 21 weibliche und 6 männliche Delegierte entsendet worden. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht über die Tätigkeit der weiblichen Delegierten seit der ersten Frauenkonferenz in Breslau und die Tätigkeit der Ortsverwaltungen in bezug auf die Arbeiterinnenorganisation. 2. Unsere künftigen Aufgaben. Der Verlauf der Konferenz war über Erwarten gut. Von den 21 weiblichen Delegierten beteiligten sich 16 an der Debatte, einige davon zu wiederholten Malen. Die Rednerinnen schilderten die Zustände in den Betrieben, unter denen die Lohnflavinnen vor allem zu leiden haben, und die Schwierigkeiten, die der Agitation unter den Arbeiterinnen hemmend entgegenstehen. Besonders schwer zu kämpfen haben die agitatorisch tätigen Gewerkschafterinnen mit der grenzenlosen Gleichgültigkeit der jüngeren Proletarierinnen und dem religiösen Fanatismus, der von den Pfaffen eifrig geschürt wird. Die verheirateten Arbeiterinnen wiederum bekundeten manchmal gegen alle gewerkschaftlichen und politischen Organisationen eine vorurteilsvolle Abneigung, die aus dem Umstand entspringt, daß männliche Familienangehörige die Versammlungen als Vorwand mißbrauchen, bis zum frühen Morgen bei Karten- und Kegelspiel usw. in den Kneipen zu sitzen. Was die Delegierten über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterinnen berichteten, war das Ergebnis aufmerkamer Beobachtung und bewies eine gründliche Sachkenntnis. Es zeigte auch, daß die tätigen Mitglieder tüchtige Arbeit geleistet hatten. Vor allem war die Hausagitation mit Energie betrieben worden. Die tätigen Gewerkschafterinnen hatten sich dabei besonders angelegen sein lassen, dem Verband Mitglieder zu erhalten, die durch Beeinflussung von anderer Seite verloren zu gehen drohten. Weherzigenwert für alle diejenigen, die sich in der Hausagitation betätigen, war die Ansicht der Delegierten aus Friedland. Diese erklärten, eine erfolgreiche Hausagitation sei nur möglich, wenn die Agitatorinnen nicht bloß über die Verhältnisse der eigenen, sondern auch der fremden Organisationen genau orientiert wären und in religiösen Dingen die größte Toleranz bekundeten. Die vielfach zur Aufklärung der organisierten Proletarierinnen empfohlenen Diskussionsabende haben sich in einigen Orten gut bewährt. Die Vertreterinnen von Langenbielau berichteten, daß die Zahl der Teilnehmerinnen von 8 auf circa 40 gestiegen sei. Das Interesse der Frauen an der Veranstaltung werde immer größer. Die Erörterung aktueller Fragen trage viel zur Schulung der Teilnehmerinnen bei. Auch die Reichsbacher Delegierten konnten melden, daß die Veranstaltung von Diskussionsabenden mit Enthusiasmus aufgenommen worden war, und daß die Beteiligung daran eine recht rege sei.

Aus den Berichten aller Delegierten ging hervor, daß trotz der sich entgegenstellenden Hindernisse die mitarbeitenden Gewerkschafterinnen seit der Breslauer Tagung überall erfolgreiche Arbeit geleistet haben, und daß sie mit Freuden am Ausbau ihrer Organisation arbeiten. Es wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, der Zentralvorstand möge auch fernerhin die Heranbildung der organisierten Arbeiterinnen zu tätigen Kräften innerhalb der Organisation eifrig fördern. Am lebhaftesten wurde dieses Begehren von einem Delegierten bekräftigt, der im Gegensatz zu vielen Gewerkschaftern und Parteigenossen sich von der praktischen Mitarbeit der weiblichen Mitglieder das Beste für die Organisation verspricht.

In einem trefflichen Referat gab der Gauleiter Anweisung über die nächsten agitatorischen Aufgaben. Er empfahl für Schlesien die Wahl von drei Bezirksvertrauenspersonen, die mit den Gewerkschafterinnen der zum Bezirk gehörenden Orte in dauernder Verbindung stehen und eine Verständigung über die Maßnahmen zur Organisation der Arbeiterinnen herbeiführen sollen. Ferner begründete er die Annahme folgender Resolution:

„Die heute stattfindende Konferenz der Textilarbeiterinnen Schlesiens beschließt, daß in allen Orten, wo der Textilarbeiterverband weibliche Mitglieder zählt, eine sogenannte Arbeiterinnenschulungskommission gebildet werde. Ferner sollen in allen Orten Les- und Diskussionsabende eingerichtet werden, welche alle vierzehn Tage stattfinden.“

Die Schutzkommissionen haben die Aufgabe, Beschwerden über die Behandlung der Arbeiterinnen in den Betrieben entgegenzunehmen und über die Innehaltung der Bestimmungen der Gewerbeordnung zu wachen. Nachdem die Resolution zu einstimmiger Annahme gelangt war, erfolgte die Wahl einer Vertrauensperson für den Bezirk.

Die Konferenz hat erneut den Beweis erbracht, daß es unter den Arbeiterinnen nicht an rednerisch befähigten Kräften mangelt. Sie hat ferner bewiesen, daß es besonderer Veranstaltungen bedarf, um das Selbstbewußtsein der Arbeiterinnen zu heben und ihre

schlummernden Fähigkeiten zu wecken. Daß eine stattliche Zahl von organisierten Arbeiterinnen der Textilindustrie, wenn sie sachlich etwas zu sagen haben, in mehr oder weniger geschickter Form vor einem größeren Personenkreis ohne Scheu sprechen, ist ein Erfolg von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Die im Frühjahr vom Zentralvorstand ergriffene Initiative zu Arbeiterinnenkonferenzen hat sich in jeder Beziehung als wertvoll erwiesen; an der praktischen Bedeutung der Zusammenkünfte kann nicht gezweifelt werden. Daß hier und da bei der Wahl der Delegierten Mißgriffe vorliefen, tut dem Nutzen keinen Abbruch. Die schlesische Bezirkskonferenz war der sprechendste Beweis dafür, daß endlich der Bann gebrochen ist, der viel zu lange lähmend auf den Arbeiterinnen gelastet hat. Sie sind zum Selbstbewußtsein erwacht! Es war eine Freude, dieser Konferenz beizuwohnen und zu hören, wie jede Delegierte über ihre Tätigkeit berichtete in dem Bewußtsein, für die Organisation getan zu haben, was in ihren Kräften stand. Alle Delegierten befehlte der einmütige Wille, die auf der Tagung empfangenen Weisungen für die Agitation nutzbringend zu verwerten und entsprechend den Beschlüssen der letzten Verbandsgeneralversammlung alles aufzubieten, um die Jugend durch intensive Aufklärungsarbeit zum Verständnis der hehren Ideale der modernen Arbeiterbewegung zu erziehen. Mit dem festen Gelübnis aller Teilnehmerinnen, unausgesetzt für diese Ideale unter den Arbeiterinnen und Jugendlichen zu wirken, wurde die anregende Konferenz geschlossen.

Martha Hoppe.

Von der Arbeiterinnenbewegung in Oesterreich.

I. K. Nunmehr hat auch Kärnten in sechs Orten politische Frauenorganisationen. Kärnten ist kein Industrieland, es gibt dort nur wenige gewerbliche weibliche Arbeitskräfte mit Ausnahme der in der staatlichen Tabakfabrik in Klagenfurt beschäftigten 1000 Arbeiterinnen. Von diesen sind seit Jahren ungefähr 600 gewerkschaftlich organisiert. Sie haben viele Errungenschaften zu verzeichnen, auf die sie stolz sein können. Diese früher so verflauten Arbeiterinnen, die ein mißachtetes Dasein führten, sind sich ihrer Menschenwürde bewußt geworden und haben die Solidarität schätzen gelernt. Als wir unsere politischen Organisationen gründeten, setzten wir in Kärnten unsere Hoffnung vor allem auf die Tabakarbeiterinnen. Vor einem Jahre wurde die erste politische Frauenorganisation Kärntens in Klagenfurt gegründet, doch wollen wir nicht verhehlen, daß ihre Mitgliederzahl noch zu wünschen übrig läßt. Wir sind aber überzeugt, ein richtiger Anstoß im richtigen Augenblick, und es wird gehen. Im Juni wurde vom Frauenreichskomitee Genossin Popp nach Kärnten gesendet, um in allen Orten Versammlungen abzuhalten, die für eine politische Frauenorganisation in Betracht kommen. Die Landesparteivertretung unterstützte die Aktion, und um die im Juni begonnene Arbeit fortzusetzen, war im September Genossin Koch nochmals in allen Orten und hat die Konstituierung der politischen Frauenorganisation in sechs Orten vorgenommen. Es ist einleuchtend, daß es in einem von der Industrie wenig beherrschten Lande schwer ist, der sozialdemokratischen Propaganda Eingang zu verschaffen. Der römische Klerikalismus und der Nationalismus sind überdies dort starke Faktoren. Dennoch hat auch dieses Land schon zwei sozialdemokratische Vertreter im Reichsrat und einen im Landtag. Auch die Frauenorganisation, deren Leiterinnen zumeist Frauen von Parteigenossen sind, wird ihrer Aufgabe nachkommen und dazu beitragen, daß es immer heller wird! — In Deutschböhmen fand am 18. September die zweite Frauenkonferenz statt. In Auffig a. G. kamen aus 58 Orten 73 Genossinnen zusammen, um über ihre bisherige Tätigkeit, über ihre Erfahrungen und Erfolge zu berichten. Im November 1908 war die erste deutsch-böhmische Konferenz, auf der die Grundlage für den Ausbau der Frauenorganisation geschaffen wurde. Ein Landeskomitee mit einer Landesvertrauensperson an der Spitze wurde gewählt. Wie gut dieses gearbeitet hat, wurde im Auffig berichtet. 3760 Frauen sind gegenwärtig in Deutschböhmen Parteimitglieder, 700 davon gehören auch gewerkschaftlichen Organisationen an. Versammlungen, Vorträge und zum Teil auch Diskussionen wurden in großer Zahl abgehalten. Um die Organisationen leistungsfähiger zu machen, wurde beschlossen, daß der Monatsbeitrag von 30 auf 40 Heller zu erhöhen ist. Mitglieder, die auch einer Gewerkschaft angehören, haben nach dem Beschluß der ersten Konferenz nur 10 Heller zu bezahlen, sie sollen in Zukunft 20 Heller entrichten. Bei dem 40-Heller-Beitrag ist natürlich inbegriffen, daß die Arbeiterinnenzeitung geliefert wird. Da die Mitglieder der Frauenorganisationen Parteimit-

glieder sind, müssen von dem Beitrag auch die Parteiquittungsmarken bezahlt werden, die 10 bis 11 Heller kosten, wovon 3 Heller für die Reichspartei, 3 Heller für die Landespartei und 4 bis 5 Heller für die Bezirke bestimmt sind. Um mehr für die Agitation verausgaben zu können, soll nun der Beitrag erhöht werden, was dadurch erleichtert wird, daß viele Organisationen ohnedies schon höhere Beiträge erheben. Gegen die Erhöhung haben nur fünf Genossinnen gestimmt. Genossin Popp erstattete ein Referat über die nächsten Aufgaben der Frauenorganisation und besprach auch den von der Internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen beschlossenen Frauentag. In nachstehender Resolution wurde zusammengefaßt, welche Tätigkeit die Frauenorganisationen zu entfalten haben:

„Die Frauenorganisationen haben sofort eine Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder einzuleiten. Zu diesem Zwecke sollen Versammlungen gegen die Teuerung und zur Propaganda für politische Rechte und für erhöhte Mutter- und Kinderzuschuß eingeleitet werden. Weiter sollen die Beschlüsse der Internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen über die Abhaltung eines Frauentages in allen Ländern zur Eroberung des Frauenwahlrechtes in den Organisationen besprochen werden.

Um die Mitglieder an die Organisation zu fesseln, sollen Leses- und Diskussionsabende veranstaltet werden, in welchen die Genossinnen über das Wesen des Sozialismus aufzuklären sind.

Um den Genossinnen durch die Organisation Belehrung und Geselligkeit zu bieten, sollen Frauenabende mit ernstem und heiterem Programm abgehalten werden. Als weitere Aufgabe der Frauenorganisation erachtet es die Zweite Deutschböhmisches Frauenkonferenz als notwendig, die erwerbstätigen Frauen und Mädchen den gewerkschaftlichen Organisationen zuzuführen. Den politisch organisierten Arbeiterinnen wird es zur Pflicht gemacht, nicht nur an allen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen teilzunehmen, sondern die Arbeiterinnen auch zur Teilnahme an den Wahlen zu Krankenkassen und Gewerbegerichten, den einzigen Institutionen, wo ihnen das Wahlrecht zusteht, heranzuziehen und zum Besuch der von der Partei veranstalteten öffentlichen Versammlungen anzuhalten.“

Ein Agitationskreis in Deutschböhmen, das Isergebirge, ist durch die unglückselige Krise, die die Glasindustrie seit Jahren durchmacht, organisatorisch sehr geschädigt worden, und die Delegierte der betreffenden Organisation verlangte die Anstellung einer weiblichen Agitationskraft. Der Antrag wurde dem Landeskomitee zugewiesen, um mit dem Kreis in Unterhandlung zu treten. Leider hängt die Anstellung weiblicher Agitationskräfte nicht nur von den materiellen Möglichkeiten, sondern auch davon ab, ob die geeigneten Personen vorhanden sind. Einstweilen wird das neugewählte Landesfrauenkomitee dem Isergebirgskreis seine Aufmerksamkeit widmen. Genossin Kneschke, die die Parteischule in Bodenbach besucht hat und eine ganz junge Kraft ist, wurde in das Landeskomitee gewählt, und da sie in Reichenberg, das in unmittelbarer Nähe des Isergebirges liegt, ihren Wirkungskreis hat, wird sie ihre Aufmerksamkeit auch den Glasarbeiterinnen zuwenden. Das Landeskomitee besteht aus sechs Genossinnen; an der Spitze steht Genossin Neumann als Landesvertrauensperson. Da sie sich in den abgelaufenen zwei Jahren ihrer Tätigkeit so trefflich bewährt hat, wird es ihr, unterstützt von den anderen Genossinnen, auch in Zukunft gelingen, die deutschböhmisches Arbeiterinnenorganisation vorwärts zu bringen.

a. p.

Wer trägt die Schuld?

Eben lese ich, was in der ersten Sitzungsperiode des Schwurgerichtes in diesem Jahre verhandelt werden sollte. Unter den Straftaten befinden sich neben einer Kindesmordung nicht weniger als sechs Fälle von Verbrechen gegen das keimende Leben, davon drei, bei denen es sich dabei um Körperverletzung mit tödlichem Ausgang handelt. Wie viele Jahre Zuchthaus werden dabei herauskommen? Und was ist die Veranlassung, daß trotz der Aussicht auf hohe Zuchthausstrafen die der Natur widersprechende Vernichtung des keimenden Lebens im Mutterchoß gewollt wurde? War es nur die Gewinnsucht verbrecherisch veranlagter Menschen, welcher Beweggrund hat ihnen dann ihre Opfer zugeführt? Wie kamen werdende Mütter dazu, die Frucht ihres Leibes unter eigener Lebensgefahr der Vernichtung preiszugeben? Läßt nicht im Gegenteil das natürliche Empfinden die Mutter ihr eigenes Leben für die Erhaltung ihrer Kinder einsetzen? Mein Blick fällt auf einen Namen der Liste, der mir bekannt ist. Ich habe die Frau als liebevolle fürsorgliche Mutter ihrer Kinder geschätzt. Ich entsinne mich,

wie sie untröstlich war, als sie eines ihrer Kinder durch den Tod verlor. Am liebsten hätte sie sich mit ihrem Kinde begraben lassen. Und nun? Was hat diese Mutter veranlaßt, die Natur in ihr Gegenteil zu verkehren? Überall in der Natur sehen wir gerade die Mütter ausgestattet mit der größten Aufopferungsfähigkeit für die Erhaltung ihres Nachwuchses, und hier haben wir eine Mutter vor uns, die ursprünglich genau so veranlagt war wie andere Mütter auch, die sich aber schuldig gemacht hat, daß im Schoße anderer Mütter keimende Leben zu vernichten. Wie kam sie dazu? Diese Mütter müssen damit einverstanden gewesen sein, daß sie solches tat, ohne ihren Willen konnte die Tat nicht geschehen. Waren vielleicht diese Mütter unnatürlich veranlagt? Waren die anderen Frauen, die des gleichen Verbrechens angeklagt sind, unnatürlich und verbrecherisch veranlagte Persönlichkeiten? War die Mutter, die ihr schon lebendes Kind tötete, eine unnatürliche Mutter? Alle diese Fragen stürmen auf mich ein.

Meine Gedanken eilen zurück in die Zeit, da ich als junge Mutter am Krankenlager der Frau eines kleinen Handwerkers stand. Auf meine teilnehmende Frage nach dem Grunde ihrer Krankheit schickte sie ihre Kinder weg und sagte dann ganz offen, sie habe sich wieder Mutter gefühlt und die Frucht abgetrieben. Ich war entsetzt. Zu frisch war noch in meiner Erinnerung das unsagbare Glückgefühl, mit dem ich der Geburt meines ersten Kindes entgegengefahren hatte. Meine vorwurfsvollen Worte wies die Kranke damit zurück, daß sie über ihren eigenen Körper verfügen könne wie sie wolle, das gebe keinen Menschen und kein Geseß etwas an. Darin mußte ich ihr recht geben, doch mit der Einschränkung, „soweit sie nicht dabei die Rechte anderer Menschen verletze“. Als solche bezeichnete ich ihren Mann und ihre Kinder, die doch ein Recht auf ihr Leben hätten, das sie aus Spiel gesetzt habe. Nun, meinte sie, was ihren Mann beträfe, so müßte er sich auch damit abfinden, wenn sie bei der Entbindung stürbe, und ihre Kinder? Jhretwegen hätte sie es ja gerade getan und würde es unbedenklich wieder tun, wenn es nötig wäre. Wenn ihre sieben Kinder das dürftige Stück Brot mit noch mehr Geschwistern teilen müßten, würde überhaupt keines mehr satt, und woher solle sie die Zeit und Kraft nehmen für die notwendige Pflege der Kinder, die jetzt schon eine mangelhafte sein müßte? Wer nicht imstande wäre, ihr die Möglichkeit ausreichender Versorgung ihrer Kinder zu verschaffen, der habe auch kein Recht, ihr Vorschriften zu machen, wenn sie auf ihre Art für ihre lebenden Kinder sorge.

An dieses Gespräch muß ich denken und meine Gedanken spinnen es weiter. Hatte die Frau recht? Ist es besser, das ungeborene Leben zu vernichten oder die lebend Geborenen in Hunger und Elend verkommen zu lassen? Vor einiger Zeit haben unsere Abgeordneten im sächsischen Landtag den Machthabern vor Augen geführt, wie infolge der Krise die Not der Arbeiterschaft zugenommen hat. Die Arbeitslosigkeit war so groß, daß allein im November 1909 auf je 100 offene Stellen 209 männliche und 120 weibliche Arbeitslose sich gemeldet haben. Woher sollen alle diese Väter und Mütter, die unzweifelhaft unter den Arbeitslosen waren, die Mittel nehmen, um den Hunger ihrer Kinder zu stillen? Eine Mutter, die in äußerster Not ihrem Kinde erlaubt hatte, auf einen fremden Namen ein Brot zu borgen, dann aber die ganze Nacht arbeitete, um am anderen Morgen das Brot zu bezahlen, wurde wegen Betrug verurteilt, obgleich der Bäcker nicht geschädigt worden war. In einem anderen Falle wurde eine Mutter bestraft, weil sie die vom Arzte verordnete Säuglingsmilch für ihr krankes Kind auf den Namen seines arbeitslosen Vaters borgte. Sie hatte dazu kein Recht, da sie infolge ungünstiger Umstände noch keine standesamtliche Beglaubigung ihrer Ehe beibringen konnte. Ein Dienstmädchen, das in der Verzweiflung ihr Kind ertränkt hatte, weil es nirgends ein Unterkommen für das arme Wesen fand, wurde zum Tode verurteilt. Wieder eine Mutter, die ihre Kleinen nicht mit eigenen Händen umbrachte, auch nicht betteln, stehlen oder betrügen wollte, legte sich mit ihren Kindern ins Bett, um den Hungertod zu erwarten. Die Kinder starben. Sie selbst wurde gänzlich entkräftet und bewußtlos ins Krankenhaus gebracht, wo sie wieder hergestellt wurde, um dann der Strafe wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu verfallen. Das sind Bilder, welche zeigen, wozu es kommt, wenn Mütter ihre Kinder hungern sehen.

Von manchen Leuten habe ich schon sagen hören: „Wer nicht in der Lage ist, Kinder ernähren zu können, der muß eben auf sein natürliches Recht verzichten. Es gibt Mittel zur Verhütung der Empfängnis.“ Nun, abgesehen davon, daß auch dieser Rat gegen die Natur verstoßt, kommt hierbei in Betracht, daß die Abgabe solcher Mittel unter Umständen strafbar ist, wenigstens ist erst vor kurzer Zeit eine Hebamme unter Anklage gestellt worden, weil sie

Mittel zur Verhütung der Empfängnis abgegeben hatte. Das Gericht sah zwar von einer Bestrafung ab, erteilte aber der Frau eine Verwarnung. In allen Fällen zieht man also die armen Mütter zur Verantwortung, auch wenn sie nachweislich in materieller Not und Seelenpein zur Vernichtung ihrer Leibesfrucht getrieben wurden.

Wer ist aber verantwortlich für das Massensterben der Proletarierkinder, von denen zum Beispiel in Chemnitz im Jahre 1909 durchschnittlich von 1000 Lebendgeborenen 337 im ersten Lebensjahr starben, in der Amtshauptmannschaft sogar 387, während die Zahl der im Säuglingsalter sterbenden Kinder der besitzenden Klassen höchstens 15 bis 16 Prozent beträgt. Legen sich etwa die wohlhabenden und reichen Eltern größere Opfer für ihre Kinder auf als die Proletariereltern? Wer, ich frage nochmals, trägt für dieses Massensterben die Verantwortung? Es ist einzig und allein die kapitalistische Ausbeutungsordnung, deren Angelpunkt der Profit ist. Sie schafft erbärmliche Löhne für die Männer, zwingt die Frauen bei noch jämmerlicherer Bezahlung in die Erwerbsarbeit, nimmt den Kindern die Mutter und münzt Gold aus dem zerstörten Familienleben, vernichtetem Menschenrecht und Menschenglück, aus der unerhörtesten Ausbeutung der Männer, Frauen und Kinder des Proletariats. Es ist die brutale herrschende Gesellschaftsordnung, die die Natur in ihr Gegenteil verkehrt, nicht nur durch die Not verzweifelte Mütter zur Vernichtung ihres Nachwuchses treibt, sondern ungezähltes keimendes Leben erbarmungslos zerstört oder zu Siechtum und frühem Tode verdammt, indem sie die Frauen dem Ausgebeuteten in Fabriken überliefert, die mit Giftstoffen und Staub geschwängert sind, bei Arbeiten, die dem weiblichen Organismus verhängnisvoll werden müssen. Es ist dieselbe Ordnung, unter der die heutigetierigen herrschenden Klassen um ihres Profits willen die Frauen beim Naturvolk der Hereros im fernen Afrika dahin gebracht haben, systematisch die Frucht ihres Leibes zu vernichten, damit ihr Nachwuchs nicht eines Tages den Brutalitäten der weißen Eindringlinge ausgesetzt sei. Es ist dieselbe Gesellschaft, die unsere eigenen Söhne jahrelang in den Kasernen festhält, um sie in der Handhabung der furchtbarsten Mordwaffen auszubilden. Zu welchem Zwecke? Um die Gebrüsten in völkerverderbende Kriege zu hegen, wenn es der unerfüllliche Goldhunger der herrschenden Klassen verlangt; um sie auf Vater und Mutter das Maschinengewehr richten zu lassen, wenn das Proletariat seiner Pein müde in gerechter Empörung einmal aufbegehrt und für sein Recht kämpft. Die im letzten Grunde allein schuldige kapitalistische Ordnung mit ihrer Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen zur Verantwortung zu ziehen, ihr das menschenmordende Handwerk zu legen, muß daher unsere heiligste Aufgabe sein. Frauen, Mütter! Seht eure ganze Kraft ein, dieser Ordnung ein Ende zu machen. Kämpft in Reih' und Glied der Sozialdemokratie. Wirkt durch euer Vorbild auf eure Kinder ein, damit sie sich gleichfalls deren Kämpferscharen zugesellen. Führt eure Kinder, sobald sie die Schule verlassen haben, unseren Jugendorganisationen zu, damit sie dort eine höhere Weltanschauung kennen lernen. Wenn ihr so eure Pflicht in jeder Weise erfüllt, muß der Tag bald kommen, an dem der Militarismus, die letzte Stütze der kapitalistischen Ordnung, das verderbliche Werkzeug unserer Unterdrücker als morsche Waffe zerbricht. Wer sich feig oder gleichgültig von dem gerechtesten aller Kämpfe drückt, den die organisierte Arbeiterklasse gegen die bürgerliche Ordnung kämpft, der ist mitschuldig an der Massenvernichtung keimenden und kindlichen Lebens, an diesem großen, fortgesetzten Verbrechen an der Menschheit und an der Natur. Er gehört mit den herrschenden Klassen zusammen auf die Anklagebank neben all die unglückseligen Frauen, die die Konsequenzen gezogen haben aus dem Tun und Treiben einer Gesellschaft, die sich mit der Verteilung der angeklagten Gesetzesbrecherinnen ihr eigenes wohlverdientes Todesurteil spricht. C. W.

Resolutionen und Beschlüsse der Zweiten Internationalen Frauentagung zu Kopenhagen.

I. Sympathieerklärung für den Freiheitskampf der Finnländer.

Die in Kopenhagen am 26. August 1910 zur Zweiten Internationalen Konferenz versammelten Vertreterinnen der sozialistischen Frauen von 17 Nationalitäten bekundeten ihre tiefste Empörung über das türkische Verbrechen, das der russische Zarismus gegen die politische Freiheit Finnlands zu verüben im Begriff steht.

Sie würdigen diese Freiheit ganz besonders, weil mit ihr das demokratischste Wahlrecht der ganzen Welt steht und fällt, ein Wahlrecht, das auf der Grundlage des Einkammersystems das gleiche politische Recht für alle Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts gewährt.

Im Interesse des politischen Befreiungskampfes ist es um so wichtiger, dieses Wahlrecht zu sichern, als es von der werktätigen Bevölkerung Finnlands unter Führung der Sozialdemokratie im harten Kampfe gegen zwei Fronten — gegen den äußeren Feind, den russischen Zarismus, und den inneren Feind, die besitzenden Klassen — mittels des revolutionären Massenstreiks ertrotzt werden mußte, so daß die Unterdrückung der nationalen Freiheit des Landes eine besondere politische Knebelung der werktätigen Massen mit sich bringen würde.

Die Zweite Internationale Konferenz Sozialistischer Frauen sendet daher ihre herzlichsten Grüße und Wünsche der finnischen Arbeiterpartei, die im Vordertreffen des Kampfes für das politische Recht ihres Landes steht, eines Kampfes, der eine Episode in der Geschichte der russischen Revolution ist, aus deren siegreichen Händen eines Tages alle vom Zarismus geknebelten Völker ihr nationales Selbstbestimmungsrecht empfangen werden.

II. Resolution, die Erhaltung des Friedens betreffend.

Die Zweite Internationale Konferenz Sozialistischer Frauen zu Kopenhagen stellt sich in der Frage des Kampfes gegen den Krieg auf den Boden der Beschlüsse der Internationalen Sozialistischen Kongresse zu Paris, London und Stuttgart. Sie erblickt die Ursache des Krieges in den durch die kapitalistische Produktionsweise hervorgerufenen sozialen Gegensätzen und erwartet daher die Sicherung des Friedens nur von der tatkräftigen, zielbewußten Aktion des Proletariats und dem Siege des Sozialismus.

An dieser Sicherung im Geiste der Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Kongresses zu Stuttgart mitzuarbeiten, ist die besondere Pflicht der Genossinnen. Zu diesem Zwecke haben wir die Aufklärung des weiblichen Proletariats über die Ursachen des Krieges und ihre Grundlage — die kapitalistische Ordnung — und die Ziele des Sozialismus zu fördern und daher in der gesamten Arbeiterklasse das Bewußtsein der Macht zu stärken, die sie dank ihrer Rolle im Wirtschaftsleben der heutigen Gesellschaft unter bestimmten Umständen zur Sicherung des Friedens einsetzen kann und einsetzen muß. Zu diesem Zwecke haben sie auch durch die Erziehung ihrer Kinder zu Sozialisten dafür zu sorgen, daß das kämpfende Proletariat, diese Armee des Friedens, immer größer und zahlreicher wird.

III. Frauenstimmrecht.

Zur Annahme gelangten die beiden Anträge, die in Nr. 24 veröffentlicht worden sind.

IV. Soziale Fürsorge für Mutter und Kind.

1. Da diese Konferenz national und international die Überführung aller Produktions- und Verkehrsbeziehungsweise Austauschmittel in den Besitz der Gesellschaft fordert, erklärt sie es für eine Pflicht der Allgemeinheit, Schwangere, Wöchnerinnen, Säuglinge und Schulkinder zu erhalten.

2. Die Zweite Internationale Konferenz Sozialistischer Frauen zu Kopenhagen fordert an sozialer Fürsorge für Mutter und Kind:

1. Von der Arbeiterschutzesetzgebung:

a. Den gesetzlichen Achtstundentag für alle Arbeiterinnen über 18 Jahre; den Sechsstundentag für die jugendlichen Arbeiterinnen von 16 bis 18 Jahren; den Vierstundentag für Kinder von 14 bis 16 Jahren; das Verbot aller Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren.

b. Das Verbot der Beschäftigung von Frauen mit solchen Arbeiten, die ihrer ganzen Beschaffenheit nach die Gesundheit von Mutter und Kind besonders schädigen.

c. Das Verbot solcher Arbeitsmethoden, die den weiblichen Organismus besonders gefährden und dadurch nicht bloß diesen, sondern auch das Kind schädigen.

d. Für Schwangere das Recht der kündigungsfreien Einstellung der Arbeit acht Wochen vor der Niederkunft.

e. Für Wöchnerinnen das Verbot der Arbeit für acht Wochen, wenn das Kind lebt, für sechs Wochen nach Tod- und Frühgeburten oder falls das Kind innerhalb dieser Frist stirbt.

2. Von der staatlichen Kranken- oder Mutterschaftsversicherung:

a. Eine obligatorische Schwangerschaftsunterstützung im Falle der durch die Schwangerschaft verursachten Erwerbslosigkeit auf die Dauer von acht Wochen.

b. Eine obligatorische Wöchnerinnenunterstützung auf die Dauer von acht Wochen, wenn das Kind lebt, auf die Dauer von dreizehn Wochen, wenn die Mutter fähig und willens ist, das Kind selbst zu nähren; auf die Dauer von sechs Wochen, wenn das Kind innerhalb dieser Frist stirbt oder bei Tod- und Frühgeburten.

- c. Festsetzung der Unterstützung für Schwangere, Wöchnerinnen und Stillende auf die Höhe des vollen durchschnittlichen Tageslohnes.
- d. Gewährung der Hebammendienste, der ärztlichen Behandlung von Schwangeren und Wöchnerinnen und von Hauspflege für Wöchnerinnen.
- e. Ausdehnung dieser Fürsorgemaßregeln auf alle lohnarbeitenden Frauen — Landarbeiterinnen, Heimarbeiterinnen und Dienstmädchen inbegriffen — sowie auf alle Frauen, deren Familieneinkommen 5000 Mk. nicht übersteigt.
3. Von der Gemeinde:
- Errichtung von Entbindungsanstalten, von Schwangeren-, Wöchnerinnen- und Säuglingsheimen; Organisation der Wöchnerinnenhauspflege; Gewährung von Stillprämien, solange die Mütter während der Stillperiode keine Unterstützung erhalten; Beschaffung guter, keimfreier Säuglingsmilch.
4. Vom Staate:

- a. Zuschüsse an die Kranken- und Mutterschaftsversicherung und die Gemeinden, damit sie den vorstehenden Forderungen gerecht werden können.
- b. Aufklärung der Frauen über die richtige Erfüllung ihrer Mutterpflichten durch Aufnahme der Säuglingspflege in den Lehrplan obligatorischer Fortbildungsschulen. Verteilung von Merkblättern über die Pflege der Wöchnerin, die Pflege und Ernährung des Säuglings.

Die Konferenz fordert an sozialer Fürsorge für das Kind außer der Gewährung eines einheitlichen, unentgeltlichen, weltlichen Unterrichtes, dessen Grundlage die harmonisch erziehende Arbeitsschule ist:

- a. Errichtung von Pflege- und Erziehungsanstalten weltlichen Charakters für das vorschulpflichtige Alter.
- b. Einführung der obligatorischen, unentgeltlichen Schullernspisung, die sich für unversorgte Kinder auch auf die schulfreien Tage und Ferien erstrecken muß.
- c. Errichtung von Schulheimen, in denen unversorgte Kinder in der schulfreien Zeit — die Ferien inbegriffen — leibliche und geistige Fürsorge erhalten.
- d. Einrichtung von Ferienspielen und Ferienkolonien.
- e. Errichtung von Bädern, Schwimm- und Turnhallen, sowie von Schulgärten.
- f. Anstellung von Schulärzten und Errichtung von Schulzahnkliniken.
- g. Gründung von Sanatorien und Waldschulen für kränkliche und schwächliche Kinder.

V. Verschiedenes.

1. Resolution zum Kampf gegen die Verteuerung der Lebensmittel.

Die Macht und der Egoismus der herrschenden Klassen unter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung kommt in fast allen Staaten auch durch die unausgesetzte Verteuerung des Lebensbedarfs zum Ausdruck. Es steigen die Preise für alles, was die Arbeiterfamilie braucht, und die Lohnerhöhungen halten mit dieser Steigerung nicht Schritt. Es ist deshalb den arbeitenden Schichten der Bevölkerung nicht möglich, mit ihren bescheidenen Einnahmen auszukommen, und der Kampf ums Dasein nimmt für sie immer härtere und schroffere Formen an. Von der Erwägung ausgehend, daß unter der allgemeinen Teuerung vor allem die Frauen zu leiden haben, da der größte Teil der häuslichen Sorgen auf ihnen ruht, verpflichtet die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz alle Genossinnen, überall und unausgesetzt gegen die Teuerung zu kämpfen und die Frauen der arbeitenden Klassen über ihre Ursachen aufzuklären.

Die Sozialistische Frauenkonferenz fordert vor allem, daß den Frauen immer wieder gezeigt werde, daß die Verteuerung der Lebenshaltung — die Steigerung der Mietpreise inbegriffen — aufs engste mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zusammenhängt. Allen politisch und gewerkschaftlich organisierten Frauen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, wird es zur Pflicht gemacht, die kapitalistischen Tendenzen der Steuerpolitik in Staat und Gemeinde den noch unaufgeklärten Proletarierinnen zu zeigen, ebenso die Ursachen und Folgen des Bodenwuchers und der Trunks. Die Erkenntnis, daß nur die Sozialdemokratie energisch und mit aller Kraft gegen die Teuerung kämpft, macht es den Frauen zur Pflicht, sich dieser Partei anzuschließen und sie in ihrem Kampfe zu unterstützen.

Von der Erwägung ausgehend, daß durch eine ausgiebige Erhöhung des Einkommens dem verheerenden Einfluß der Teuerung entgegengewirkt werden muß, empfiehlt die Konferenz, die dazu notwendigen schweren und opferreichen Lohnkämpfe der Männer zu unterstützen.

Die sozialdemokratischen Frauen haben ferner die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die proletarischen Frauen alle den Kampf der vom Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine gegen die Lebensmittelteuerung unterstützen und ihnen durch unablässige Propaganda neue Mitglieder zuführen.

2. Im Prinzip angenommene Resolutionen und Anträge.

Die Internationale Konferenz nahm im Prinzip zwei Resolutionen an, von denen die eine die staatliche Witwenversicherung fordert, die andere Maßnahmen zugunsten arbeitsloser Frauen. Ferner stimmte sie im Prinzip mehreren Anträgen zu, die sich auf die Agitation unter dem weiblichen Proletariat beziehen, auf die Schulung der Genossinnen, den Anschluß an Partei und Gewerkschaft, die moralische und materielle Unterstützung der Frauenzeitschriften usw. Sie beschloß die Einsetzung eines Komitees, welches bei der Vorbereitung folgender Konferenzen mitwirken soll.

Im Anschluß an die Internationale Frauenkonferenz traten in Kopenhagen am Sonnabend den 2. September deutsche und österreichische Genossinnen zu einer Besprechung zusammen. Anwesend waren aus Österreich die Genossinnen Popp, Freundlich, Proft, aus Deutschland die Genossinnen Vaader, Baumann, Dunder, Gradnauer, Hanna, Henning, Jhrer, Meize, Schlomer, Thiede, Zeltin, Zieh. Zweck der Zusammenkunft war, im Sinne des oben angeführten Beschlusses die Vorbereitung der Internationalen Frauenkonferenzen zu unterstützen. Das Resultat eingehender Erörterung waren die folgenden Beschlüsse:

1. Die Internationalen Konferenzen der sozialistischen Frauen sollen drei Monate vor ihrem Stattfinden einberufen werden. 2. Anträge zu den Konferenzen sind spätestens einen Monat vor deren Zusammentreten bei der internationalen Sekretärin einzureichen. 3. Mit den Vorarbeiten zu der nächsten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz ist ein fünfgliedriges Arbeitskomitee betraut, welches aus der internationalen Sekretärin, den Sekretärinnen der politisch organisierten Genossinnen in Österreich und Deutschland und den Sekretärinnen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen dieser Länder besteht. Nach der Einberufung der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz tritt das Komitee nach Bedarf zusammen. 4. Die Konferenzen sollen in Zukunft als Internationale Konferenzen der Sozialistinnen und Gewerkschaftsvertreterinnen einberufen werden.

Aus der Bewegung.

In Frankfurt a. M. sprach Genossin Zieh über „Mutterschaftsversicherung“ in einer öffentlichen Frauenversammlung. Sie schilderte die verheerenden Wirkungen der Erwerbsarbeit und besonders der industriellen für Frauen und Kinder und begründete die Forderung des Verbots der Kinderarbeit und der Beschränkung der Arbeit von Jugendlichen unter 18 Jahren auf sechs Stunden, der erwachsenen Arbeiterinnen auf acht Stunden. Die Referentin führte ferner aus, daß der Schutz des Kindes sich schon auf die Zeit vor der Geburt erstrecken müsse. Sie zeigte an der Hand der Statistik die ungeheuren Schädigungen, welche die Mutter und das werdende Kind in solchen Betrieben erfahren, in denen Giftstoffe verarbeitet werden oder auch ein dem weiblichen Organismus besonders schädlicher Maschinenbetrieb herrscht. Als vorläufige Forderungen zugunsten der Schwangeren und Wöchnerinnen bezeichnete die Referentin: Ausreichende Unterstützung der Schwangeren und Wöchnerinnen durch die Krankenkassen acht Wochen vor und acht Wochen nach der Niederkunft, Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfe und Hebammendienste bei Schwangerschaftsbeschwerden. Zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, die zum großen Teil auch darauf zurückzuführen sei, daß es den Müttern unmöglich gemacht werde, ihre Kinder selbst zu stillen, forderte die Rednerin von seiten der Gemeinde die Errichtung von Entbindungsanstalten, Säuglingsheimen und Milchküchen, die jedermann unentgeltlich offen stehen sollen. Zum Schluß wies sie darauf hin, daß alle diese Fragen für die proletarischen Frauen von ungeheurer Wichtigkeit seien und deshalb im Vordergrund ihres Interesses und ihrer Fähigkeit stehen müßten. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. An der anschließenden Diskussion beteiligten sich Genossin Schulze und Genosse Gräf. Dieser betonte, daß eine unabhängige Gewerbeinspektion den Kinderschutz wirksamer gestalten könnte. Allein die schwachen Ansätze dazu seien durch den Erlaß des Ministers Sydow erstickt worden. Die 24 000 Frankfurter Dienstmädchen entbehren jeden Schutzes. Bestimme doch die

Dienstbotenordnung der Stadt, daß weibliche Dienstboten (welche weise Vorsicht!) im Falle der Schwangerschaft entlassen werden dürfen. Auf diese Weise wird der Kindsmord gezüchtet. Die Forderungen der Referentin seien gerecht und auf Grund einer brauchbaren Krankenversicherung auch durchführbar.

Käte Winkmann.

In Gera und Debschütz sprach Genossin Selinger in öffentlicher Versammlung über „Die Pflichten und Rechte der Arbeiterin in Reich, Staat und Gemeinde“. Die Versammlungen waren besonders von Seiten der Frauen sehr gut besucht, ein Zeichen, daß diese anfangen, sich aus ihrer Gleichgültigkeit aufzuraffen. Die Rednerin schilderte die Lage der proletarischen Frauen, die das „Necht“ haben, vom frühen Morgen bis zum späten Abend dem Kapitalismus fronden zu dürfen, dem Staate das Kanonensfutter zu gebären, Steuern für den unerfättlichen Militarismus zu zahlen und sich im übrigen um den Kochtopf zu bekümmern, wenn die Ausbeutung ihn nicht schon zer schlagen hat. Die Frau müsse mit aller Energie öffentliche politische Rechte fordern, vor allem das Wahlrecht. Ihre Gleichberechtigung könne sie jedoch nur im Verein mit ihrer Klasse erlangen, als Mitglied der sozialdemokratischen Parteiorganisation erringen. Regere Agitation muß die Frauen des Proletariats aufklären und zu Kampfesgenossinnen der Männer machen. An das Referat schloß sich in der Versammlung zu Gera eine Diskussion an. Genosse Kahnt ging näher auf die örtlichen Verhältnisse ein. Genossin Erler forderte die Frauen auf, die von Oktober an stattfindenden Les- und Diskussionsabende fleißig zu besuchen. Dann nahm die Genossin Selinger nochmals das Wort, um die Errichtung einer Beschwerdestelle und Kinderschulkommission zu befürworten. Diese Einrichtungen, mit denen man überall gute Erfahrungen gemacht habe, seien im Interesse der Arbeiterschaft auch für Gera dringend geboten. Sie haben dort eingzugreifen, wo die Gewerbeinspektion und die Polizeibehörde verlagert. Pflicht aller Proletarierinnen sei es, auf irgend eine Weise selbst mitzuwirken, daß Arbeiterinnen und Kindern der dürftige gesetzliche Schutz zu Teil werde und ständige Kontrolle darüber zu üben. Verschiedene Frauen traten dem Verein bei. Sie wurden von der Unterzeichneten aufgefordert, treu zum Verein zu halten und die Frauenbewegung zu fördern.

Anna Zähner.

Im Kreise Randow-Greifenhagen fanden in Altdamm, Pörsch, Unterbrebow, Zülchow und Grabow Volksversammlungen statt, in denen Genossin Tieg-Berlin über „Volksknechtung, Frauenfrage und Kaiserreden“ referierte. Der durchweg sehr gute Besuch der Versammlungen ließ erkennen, welches Interesse die Tagesordnung bei der Frauenwelt weckte und wie wenig die Versammlungsbesucherinnen die von höchster Stelle ausgesprochene Meinung teilten, die die Frauen bekanntlich nach alter Schablone auf das „Haus“ verweist. Die Männe erwiesen sich zum Teil als zu klein, um den Strom der Hörerinnen zu fassen. Im Streitgebiet der Werftarbeiter, in Zülchow, fanden sich zirkel 1000 Personen ein, und in Grabow stieg die Zahl der Besucher auf 1200. Die Aufmerksamkeit, mit der die Frauen in allen Versammlungen den Ausführungen der Referentin folgten, sowie die treffenden, oft drastischen Zwischenrufe, mit der die Kritik an den Kaiserreden von den Zuhörerinnen ergänzt wurde, bewiesen, daß die proletarischen Frauen keineswegs gewillt sind, den kaiserlichen Rat zu befolgen und auf das endlich erworbene Vereins- und Versammlungsrecht zu verzichten. Aufgabe der Frauen wird es sein, durch völlige Ausnutzung des politischen Vereinsrechtes zur Stärkung der sozialdemokratischen Partei beizutragen.

T.

Für die Frauen der streifenden Werftarbeiter in Stettin waren vom Metallarbeiterverband drei Versammlungen einberufen worden, die den Zweck hatten, den Frauen die Notwendigkeit und Tragweite des Kampfes klarzumachen, der ihren Männern durch das Vorgehen der Werksbesitzer aufgezwungen ist. Referentinnen waren die Genossinnen Wulff, Friedländer und Tieg aus Berlin. Diese legten den zahlreich erschienenen Frauen die Ursachen der modernen wirtschaftlichen Kämpfe dar und ermahnten die Frauen, in diesem Streit um eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ihren Männern nicht hinderlich zu sein, ihnen vielmehr als tapfere Mitstreiterinnen zur Seite zu stehen. Unter scharfer Kritik der arbeitserfindlichen Haltung der bürgerlichen Blätter in diesem Kampfe wurde die Bedeutung der Arbeiterpresse und die Notwendigkeit ihrer immer größeren Verbreitung durch die Frauen hervorgehoben. Eine entsprechende Resolution fand begeisterte Zustimmung.

T.

Jahresbericht der Genossinnen in Halberstadt. Die Frauenbewegung in Halberstadt hat eine erfreuliche Entwicklung genommen. Nach Aufhebung der früheren vereinsgesetzlichen Schranken

schloß sich der einstige Bildungsverein als Sektion dem sozialdemokratischen Wahlverein an. Die Sektion wählt aus ihrer Mitte einen Vorstand, der die Geschäfte selbständig, aber im Einverständnis mit den organisierten Genossen führt und mit ihnen in steter Fühlung bleibt. Die Sektion hat sechs Bezirkskassiererinnen und eine Hauptkassierer, die ihrerseits mit dem Hauptkassierer des Wahlvereins abrechnet. Diese Selbstverwaltung verbunden mit der Arbeitsteilung wird von den Frauen sehr angenehm empfunden. Es besteht ein erfreuliches Hand-in-Hand-Arbeiten zwischen Genossen und Genossinnen. Für jede Aktion zugunsten der proletarischen Frauenbewegung können wir auf die Unterstützung der männlichen Mitglieder des Vereins rechnen. An den allgemeinen Vorstandssitzungen nimmt eine Vertreterin der organisierten Genossinnen teil, in den einzelnen Ausschüssen und Kommissionen sitzen weibliche Mitglieder. Es ist eine Kinderschulkommission gebildet worden, von deren segensreichem Wirken wir hoffentlich im nächsten Jahre Bericht erstatten können. Obgleich infolge eines verunglückten Streiks in der größten Fabrik am Orte der Sektion eine Anzahl guter Genossinnen durch Fortzug verloren gegangen ist, zählte sie im Berichtsjahr 221 Mitglieder gegen 186 im Vorjahr. Die Sektion hat im Berichtsjahr zehn Versammlungen abgehalten, in denen politische, genossenschaftliche und literarische Fragen erörtert wurden. Für die nächste Zeit ist zur Gewinnung weiterer Mitglieder eine Hausagitation geplant, die hoffentlich von gutem Erfolg sein wird, so daß wir im nächsten Jahre von bedeutend größeren Fortschritten melden können. A. Kuppinger.

Die Beteiligung der Genossinnen am Magdeburger Parteitag befandete wieder, daß die Frauen in der Sozialdemokratie als gleichberechtigte Mittämpferinnen bei den wichtigsten Entscheidungen mitwirken. Der Parteitag zählte 21 weibliche Teilnehmer, außer 19 Delegierten die Genossin Zieg als Beisitzerin im Parteivorstand und Genossin Zetkin als Mitglied der Kontrollkommission. Als Delegierte waren von ihren Wahlkreisen entsandt die Genossinnen: Arnswald-Oberhausen, Baader-Berlin, Baumann-Hamburg, Blase-Mannheim, Böhme-Stuttgart, Fahrenwald-Berlin, Gewehr-Elberfeld, Grabow-Hannover, Grünberg-Nürnberg, Kajiner-Magdeburg, Ley-Dortmund, Luze-Dresden, Luxemburg-Berlin-Friedenau, Milow-Düsseldorf, Pöhsch-Leipzig-Gonnwitz, Roth-Hamburg, Schmidt-Berlin, Thiel-Tempelhof, Wiese-Essen.

Der Parteitag wählte Genossin Baader als Schriftführerin in das Bureau, Genossin Baumann in die Mandatsprüfungs-Kommission, Genossin Pöhsch in die Beschwerdekommision. An den Debatten zu der Budgetfrage und der preussischen Wahlrechtsfrage beteiligten sich die Genossinnen Luxemburg und Zetkin; Genossin Zieg sprach im Auftrag des Parteivorstandes zu der Resolution, die Fleischsteuerung betreffend, und Genossin Baumann begründete einen daran anschließenden Antrag, der dazu auffordert, die Zeit der Fleischsteuerung zu einer energischen, wohl vorbereiteten Agitation unter dem weiblichen Proletariat auszunutzen. Die Genossinnen Thiel und Zetkin ergriffen das Wort zu zwei vorliegenden Anträgen, welche die Gründung einer Modezeitung beziehungsweise die Herausgabe einer entsprechenden Beilage zur „Gleichheit“ forderten. Genossin Thiel begründete warm den ersteren Antrag, Genossin Zetkin empfahl unter Hinweis auf die vorliegenden großen praktischen Schwierigkeiten, ihn dem Parteivorstand zur Prüfung zu überweisen; sie wendete sich gegen die Verquickung der „Gleichheit“ mit einer Modebeilage. Ein Antrag, der gesetzliche Maßnahmen gegen den Verkauf von Alkohol an Jugendliche fordert, wurde von Genossin Zetkin begründet; der Parteitag überwies ihn der Reichstagsfraktion.

Eindrücke einer Nichtsozialdemokratin auf dem Parteitag zu Magdeburg. Als ich kurz vor Eröffnung des Magdeburger Parteitages den Entschluß faßte, dem Kongress beizuwohnen, begegnete ich in meinem bürgerlichen Kreise nur mitleidigem Achselzucken; man hielt mich für überspannt, für sensationslustig und wie alle die Einwände derjenigen lauteten, die immer bereit zur Kritik, selten aber geneigt sind, sich in die Seele anderer zu vertiefen. Tapfer schlug ich alle Vorhaltungen nieder, tapfer nach außen, während mein Inneres eine unbestimmte Bangigkeit nicht unterdrücken konnte, eine Bangigkeit, über die ich mir nicht ganz klar war. Was erhoffte ich von dem Parteitag, was fürchtete ich dort, und was fand ich? Diese Fragen möchte ich kurz beantworten. Was erhoffte ich? Eine große Müdigkeit war es, die den Gedanken in mir erweckte, nach Magdeburg zu gehen. Müde war ich des täglichen begeisterungslosen Lebens, des Lebens mit den künstlichen Werten, die bei Licht betrachtet in nichts zerfallen. Müde war ich der Rücksicht auf die Gesellschaftsordnung, die wir bürgerlichen Frauen von Mutter und Großmutter nur mit kleinen un-

bedeutenden Änderungen überkommen und übernommen haben; müde war ich der großen Müdigkeit in mir. Da drangen die Rufe zum Magdeburger Parteitag von außen her in meine Welt, die abseits von den Dingen liegt, um die es dort ging. Es waren keine Rufe, wie wir sie vernehmen, wenn es sich um eine Frauenversammlung, um einen Frauenkongress handelt. Es waren Rufe der Begeisterung, die aufforderten zu gemeinsamer, heiliger Arbeit, zur Arbeit mit den größten Endzielen, für die Männer und Frauen mit gleichen Pflichten, mit gleichen Rechten sich einsetzen sollten. Diese Rufe drangen in meine müde Seele, die fast das Fliegen verlernt hatte. Ein Wunsch packte mich: Begeisterung zu sehen, zu fühlen und mich an ihrer Glut zu erwärmen. Der Wunsch nach Begeisterung, der war es, der mich nach Magdeburg zog. Was aber fürchtete ich dort? Ich fürchtete mich einer Gemeinschaft gegenüber zu befinden, in welcher der Eindringling, der Nichtgenosse keinem Verständnis begegnen würde. Ich fürchtete dasselbe Achselzucken, das mich daheim mein Alleinsein so bitter hatte fühlen lassen. Doch die Sehnsucht nach Begeisterung war größer als die Furcht: ich ging nach Magdeburg. — Was aber fand ich dort? Ich lernte eine Gemeinschaft kennen, wie sie gemeinschaftlicher im schönsten Sinne des Wortes nicht gedacht werden kann. Hunderte von Menschen, Kopf an Kopf, in Reih' und Glied, nur von einem Gedanken beseelt: Vorwärts im Kampfe ums Recht, im Kampfe um die Gleichheit; ein Feuer der Begeisterung in aller Augen, das die verhärtesten, abgearbeitetsten Gesichter veredelte. Welchen inhaltsreichen Klang gewann das Wort „Genosse“, das so oft in anderen Kreisen mit leisem Spott gesprochen wird! Genossen der Arbeit, Genossen der Gedanken sind alle Glieder der Partei, Männer und Frauen, Gebildete und Ungebildete! Gebildete und Ungebildete sagte ich, und kaum, daß ich es gesagt hatte, da merkte ich, wie unzutreffend dieser Ausdruck war. Wirklich Ungebildete gab es wohl kaum in Magdeburg; bildet doch die Partei so vieles und viele. Der einfachste Arbeiter, der einen schweren Arbeitstag von zehn Stunden und mehr hinter sich hat, benutzte — wenn er sich der Sozialdemokratie anschließt — seine freie Zeit, sich politische Kenntnisse anzueignen, seinen „Vorwärts“ zu studieren. Mit Begeisterung begrüßt er auch den kleinsten Sieg seiner Partei; immer ist er bereit, Opfer an Zeit und Geld zu bringen, soweit es nur irgend in seinen Kräften steht. Und das nämliche gilt von den proletarischen Frauen. Wie erscheinen demgegenüber die Tausende bürgerlicher Männer und Frauen, denen politisches Interesse und politische Kenntnisse gänzlich fehlen, die nichts von der Bewegung wissen, die ihre Zeit bestimmt, von einer Bewegung, deren Gang mit ehernen Lettern in die Geschichte eingegraben wird! Warum wissen diese Tausende nichts? Sie haben, was sie brauchen; was bedeutet ihnen der Kampf der Besitzlosen! Und was ich weiter fand? Ich hörte eine Reihe hervorragender Redner, die logisch klar, begeistert und eindringlich zu ihren Genossen sprachen. Ich drückte meine Verwunderung aus und meinte, die Partei würde nur von akademisch Gebildeten geführt. Da lächelte man, aber nicht verächtlich, sondern stolz ob meines Irrtums! Dieser, sagte man mir, sei ein früherer Korbmacher, jener ein Zigarrenarbeiter, ein anderer ein Hutmacher usw. usw. Und da gibt es noch Leute, die daran zweifeln, daß in der Arbeiterklasse die Anlagen zu Großem und Schönem infolge der ungerechten Unmöglichkeit verkümmern müssen, die Fähigkeiten zu entwickeln! Was brachte ich heim vom Parteitag? Eine unbegrenzte Hochachtung vor der Sozialdemokratie, vor ihren Zielen, vor ihren Erfolgen, vor der Ausdauer und Opferbereitschaft in ihren Reihen. Und mehr. Ich hatte unferne Zeit verstanden; ich hatte Begeisterung gefunden, wo ich nur Müdigkeit besaß. Kopf an Kopf, in Reih' und Glied, vorwärts! Diese Worte zogen mich mächtig in ihren Bann! Werden sie ihre Macht über mich behalten?

E. F. H.
Eduard Matthes †. Immer mehr lichtet der Tod die Reihen unserer alten Vorläufer. Die Dresdener Klassenbewusste Arbeiter-schaft hat einen schweren Verlust zu beklagen. Am 26. September starb nach langem, schwerem Leiden im Alter von 63 Jahren Genosse Eduard Matthes. Das Leben des Verstorbenen war ein Leben treuer Pflichten-erfüllung, das in rein menschlicher, wie in parteipolitischer Beziehung vorbildlich sein kann. Besonders die Jugend hat in dem Genossen Matthes einen warmen, verständnisvollen Freund verloren. Auch die Genossinnen verdanken ihm manchen schönen Abend, denn seine Begabung als Rezitator hat er oft genug zur Förderung der proletarischen Frauenbewegung betätigt. Wie verstand er es, durch seinen Vortrag in allen Herzen Begeisterung zu wecken, wie oft hat er auf ein abgehärmtes Gesicht den hellen Glanz der Freude gezaubert. Die Dresdener Genossinnen werden dem Verstorbenen ein treues Angedenken bewahren.

Martha Kretschmar.

Albert Köpke †. Mit Albert Köpke, der nur 53-jährig in Hamburg den Folgen einer Leberoperation erlegen ist, hat das gewerkschaftlich und politisch kämpfende Proletariat einen treuen, verdienstvollen Streiter verloren. Noch in der Zeit, wo die Stürme des Sozialistengesetzes über Deutschland dahinbrausen, schloß sich der Verstorbene der modernen Arbeiterbewegung an und stand bald in ihren vordersten Reihen. Lange Jahre und bis zu seinem Tode bekleidete er verantwortungsvolle Ämter: als Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“, als Gauleiter des Holzarbeiterverbandes, als Parteisekretär für Hamburg und zuletzt als Redakteur des „Vauhilfsarbeiter“ und Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. Wo immer Genosse Köpke für die Interessen des Proletariats wirkte und kämpfte, da hat er sich in selbstloser, hingebender Weise ganz eingesetzt, auch dann noch, als ein schweres Leiden an seiner Kraft zehrte. Ein aufrechter Charakter, der die Flamme der Begeisterung für die große und gute Sache der Arbeiterklasse lebendig erhielt, ist er durchs Leben gegangen, geschätzt von allen, die ihm nähertraten. Sein Gedächtnis wird in den Reihen der kämpfenden Arbeiterklasse unvergessen sein.

Politische Rundschau.

„Aufruhr“, „Revolution in Moabit!“, unter diesen sensationellen Überschriften wußten in der letzten Septemberwoche die bürgerlichen Blätter von einer furchtbaren Untat der — Sozialdemokratie Berlins zu berichten. Von den ausgesprochenen Scharfmacherblättern bis zur sogenannten liberalen Presse überboten sich die „staatsverhaltenden“ Zeitungen in graufigen Schilderungen der fürchterlichen Nordbrennertaten, die in dem Berliner Stadtviertel Moabit von der Arbeiterschaft verübt worden sein sollten. Als besonders effektvolles Stück wurde dabei die Erstürmung der Reformationskirche vorgeführt. Petroleum und Barrikadenbauer, ein Totschlagversuch an einem Geislichen, ein geheimes Komitee, Emissäre und andere Requisiten fehlten nicht, die den Spießer gruselig machen und ihn überzeugen konnten, daß es ein richtiger, ernsthafter Revolutionsversuch war, ein teuflischer Anschlag des „Umsurzes“ auf Leben und Eigentum der braven Bürger, was sich da in Moabit abspielte. Die agrarische und industrielle Scharfmacherpresse, zu der auch ein großer Teil der nationalliberalen Blätter gehört, beschuldigte ohne Umschweife die Sozialdemokratie, diesen Putsch angestiftet, unterhalten und geleitet zu haben und erhob ihr gewohntes Gebrächze nach Ausnahme-gesetzen gegen die Arbeiterbewegung. Die Blätter der Linkliberalen, des Zentrums und des Fortschritts machten die Sozialdemokratie wenigstens indirekt für den „Aufruhr“ verantwortlich — die Verheerung der Arbeiterschaft, die die Sozialdemokratie betreibt, habe zu den Vorgängen in Moabit geführt. Und die wenigen demokratisch schillernden Organe, die es in Deutschland gibt, wie das „Berliner Tageblatt“ und die „Frankfurter Zeitung“, druckten ohne Vorbehalt und Kritik die Schauer-schilderungen polizeioffiziöser Zeilenschinder ab, ohne ein Wort des Protestes gegen die skandalösen Zustände zu wagen, die die Polizei in Moabit geschaffen hatte. Die ganze Zämmerlichkeit des deutschen „entschiedenen Liberalismus“ trat wieder einmal kraß zutage in dem Versagen seiner Presse, als es galt, die Rechte des Bürgers gegen ein brutal-sinnloses Schreckensregiment der Polizei zu verteidigen.

Denn nicht gegen einen Aufruhr der Moabiter Arbeiterschaft galt es die Waffen der Kritik zu richten — einen solchen Aufruhr gab es gar nicht —, wohl aber gegen einen unerhörten, blindwütigen Terrorismus der Polizei. Die Schuldigen an den Vorgängen in Moabit ist die Polizei und abermals die Polizei und mit ihr ein prozenhaftes Unternehmertum, das den Arbeitern eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen brüskl verweigert und hochfahrend darauf pocht, daß die Staatsmacht sich ihr zur Niederhaltung der kämpfenden Arbeiter zur Verfügung zu stellen habe. An anderer Stelle ist zu lesen, daß ein kleiner gewerkschaftlicher Kampf der Ausgangspunkt der Unruhen in Moabit gewesen ist. Der bekannte rheinisch-vestfälische Grubengewaltige Slinnes, Hauptinhaber der bestreikten Kohlenhandlung Kupfer & Co., hat seine nahen Beziehungen zur preussischen Regierung zu nutzen verstanden, um dem Betrieb ganz besonderen polizeilichen Schutz vor den Streikenden zu verschaffen. Die starke polizeiliche Bedeckung, unter der die von Streikbrechern geführten Kohlenwagen der Firma gestellt worden, erbitterte die Streikenden, denen jede Verständigung mit den Streikbrechern unmöglich gemacht wurde. Sie veranlaßte auch die Ansammlung von Neugierigen, die es an spöttischen Aus-rufen über das Polizeiaufgebot und an drastischen Bemerkungen über die Streikbrecher natürlich nicht fehlen ließen. Jetzt war die „Bedrohung“ der Arbeitswilligen da, und die Polizei ging „schneidig“ vor. Das machte den Arbeitswilligen Mut, die nun höchst provo-

zierend aufraten und so waren bei der Verfassung unserer Polizei alle Vorbedingungen für einen größeren Zusammenstoß gegeben. Er blieb dem auch nicht aus. Ein angeblich bedrohter Streikbrecher — Augenzeugen des Vorganges bestritten, daß sich der Mann, der unter starker polizeilicher Bedeckung stand, in Bedrängnis befunden habe — feuert in eine große Arbeiterschare, die soeben eine Fabrik in der Mittagspause verläßt. Die Polizei, statt den Revolverhelden an dem Krage zu nehmen, stürzt sich auf die empörten Arbeiter, die sich kräftig zur Wehr setzen. Nun verliert die Polizei alle Besinnung, etabliert ein förmliches Schreckensregiment und zieht durch ihre sinnlosen Vorkehrungen den gesamten Janhagel des Zuhälter- und Verbrechertums in die „geschützte“ Gegend. Da sie in ihrer rasenden Wut weder Weib noch Kind schont, reizt sie durch ihre Brutalitäten schließlich die Arbeiterschafft und die ganze Bevölkerung des Stadtteils zu heftigen Abwehrhandlungen, die naturgemäß in der wilden Erregung zu mehrfachen Überschreitungen der Notwehr, zu Ausschreitungen führen. Dem blinden Zorn fallen auch Unschuldige zum Opfer, wie ein zur sozialdemokratischen Partei gehöriger Gastwirt, in dessen Lokal ein Schuhmann geflüchtet war, der die Menge durch Revolver-schüsse gereizt hat. Die bürgerliche Presse tat das Ihrige, um die allgemeine Aufregung durch furchtbare Übertreibungen zu steigern. Noch jetzt spukt, um nur ein Beispiel aus vielen herauszugreifen, in den bürgerlichen Blättern die Schauermär von der „Erstürmung“ der Reformationskirche herum. In Wahrheit ist aber, wie die Berliner Blätter inzwischen haben zugeben müssen, von einem Sturm auf die Kirche überhaupt keine Rede gewesen. Der ganze Vorfall reduziert sich darauf, daß einige halbwüchsige Burschen ein halb Dutzend der kleinen Wuhnscheiben in den Kirchenfenstern eingeworfen haben. Ähnlich wie diese Mordgeschichte sind alle die anderen gruseligen Schilderungen von den furchtbaren Straßenschlachten, von dem Bombardement mit Blumentöpfen und Nachtgeschirren zu bewerten, das aus den Häusern auf die Polizei niedergegangen sein soll. Einzelne solcher Handlungen sind vorgekommen — die Polizei hat es eben vortrefflich verstanden, sich durch ihr sinnloses Wüten die gesamte Einwohnerschaft zu erbitterten Feinden zu machen. Die Straßen, die sie absperre und „säuberte“, sind zu einem Teil stark frequentierte Verkehrswege, wer sich dort einfand, wurde also keineswegs nur durch bloße Neugierde, durch Lust am Nabaun oder gar durch Neigung zu Gewalttätigkeiten dorthin geführt. Aber wahllos hieb der Polizeisäbel auf alle ein, und ein Schimpfswort genügte schließlich, um den Polizeibrowning knallen zu lassen. Die Anwohner waren in ihren Häusern nicht mehr sicher, wenn ein Polizist vermutete, daß aus irgend einem Fenster ein Wurf erfolgt sei, so wurde das Haus beschossen, so wurden die Wohnungen gestürmt — Frauen, Kinder und Greise waren der Wut der Polizei ausgeliefert. Schließlich genügte den Polizisten der Umstand, daß sich eine Person am Fenster zeigte, oder daß bloß ein Fenster aufstand, um eine Beschiesung anzudrohen. Zu Hunderten sind unbeteiligte, friedliche Passanten mit dem Säbel und den Gummistöcken der Geheimen blutig geschlagen worden. Wie blind die Polizei gehaßt hat, geht aus der einen Tatsache hervor, daß vier englische und amerikanische Journalisten, die im Automobil beobachteten, furchtbar verprügelt worden sind, einem von ihnen wurde fast ein Finger abgehakt. Bezeichnenderweise hat der Polizeipräsident die Schutzleute, die diese Heldentat vollführten, bis heute nicht auffinden können, ebensowenig wie der Breslauer Polizeipräsident den berüchtigten Handabhacker!

Groß ist die Zahl der Verhafteten, gegen die die Klassenjustiz ihres Amtes walten wird, groß die Zahl der Verletzten, unter denen sich viele Schwerverwundete befinden. Die Polizei hat Blut in Strömen vergossen. Sie hat ihre totale Unfähigkeit, die Ordnung aufrecht zu erhalten, in geradezu toller Weise gezeigt — nachdem sie durch ihre auffällig ostentative Sorge für die Streikbrecher Unruhen hervorgerufen hatte, hat sie kein anderes Mittel zur Herstellung der Ruhe gefannt, als der ganzen Bevölkerung eines Stadtteils den Krieg zu erklären. Sie hat es dahin gebracht, daß sich der Haß verzehnfacht hat, den sie sich bei den Wahlrechtsdemonstrationen erwarb.

Die Scharfmacher möchten an den Unruhen von Moabit ihr Süppchen lochen — sie suchen das Bürgertum mit der Sozialdemokratie zu schrecken; Regierung und bürgerliche Parteien sollen Ausnahmegesetze geneigt gemacht werden. Wenn das nicht gelingt, so hofft man wenigstens der Sozialdemokratie die Wahlchancen verderben zu können. Aber auch das wird nicht gelingen, ebensowenig wie der blöde Versuch, die Verhandlungen des Magdeburger Parteitag als Bauwan zu benutzen, der die Wähler verschucht. — Im Wahlkreis Frankfurt a. O. Lebus haben die vereinigten Liberalen und Konservativen das Rezept schon praktisch er-

probt, und es hat sich dabei die völlige Unbrauchbarkeit herausgestellt. Alle verzerrten, verlogenen Darstellungen von den Magdeburger Verhandlungen und alle anderen schäbigen Mittel und wütenden Anstrengungen konnten nicht verhindern, daß in der Stichwahl mit einer Majorität von 172 Stimmen der Sozialdemokratie das Mandat zufiel, zu dessen Eroberung in der Hauptwahl ihr nur wenige Stimmen gefehlt hatten. Die Sozialdemokratie gewann in der Stichwahl trotz der wilden Agitation der Gegner noch 1476 Stimmen, während die vereinigten bürgerlichen Parteien nur um 1252 zunahmen. Die Nationalliberalen hatten ganz sicher auf den Sieg gerechnet; sie erfreuten sich ja eifriger konservativer Hilfe und hatten außerdem auch die Linkliberalen, die Fortschrittler für sich, die sich nicht daran stießen, daß sich der nationalliberale Kandidat unumwunden für eine „allenfalls notwendige“ abermalige Erhöhung der indirekten Steuern erklärt hatte. Nun ist ihnen die Niederlage derartig in die Glieder gefahren, daß ihr Generalsekretär, der Reichstagsabgeordnete Fuhrmann, am Abend des Wahltags sich das Wort entschlüpfen ließ, man müsse angesichts des Wahlergebnisses bezweifeln, ob Bismarck recht getan habe, als er das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zum Reichstag einführt. Hinterher hat Herr Fuhrmann freilich seine Äußerung harmlos umdeuten wollen, indes sie ist gut beglaubigt, und zweifellos hat der Herr nur ausgesprochen, was die meisten Nationalliberalen denken.

Das Wort des nationalliberalen Abgeordneten zeigt, wohin wir steuern und was das deutsche Proletariat zu erwarten hat, wenn bei den Neuwahlen ein Reichstag zustande kommt, in dem die Junker und Scharfmacher wieder eine Mehrheit zusammen mit dem Zentrum bilden, das in puncto Wahlrecht auch schon sehr verdächtig ist. Unsere Herrschenden fühlen den Boden unter ihren Füßen wanken, und in ihrer Angst vor der roten Flut sind sie bereit, zu den verzweifeltsten Mitteln zu greifen. Sehr bezeichnend dafür ist der auf dem Parteitag zu Magdeburg vorlesene Korpsbefehl des gewesenen kommandierenden Generals v. Bissing. Er muß schon vor einigen Jahren ergangen sein, wohl bei den ersten sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstrationen, und ist offenbar der Abkassier einer für ganz Preußen bestimmten Regierungsverfügung. In diesem Korpsbefehl werden detaillierte Anweisungen für den Bürgerkrieg gegeben, wird ein förmlicher Kriegsplan gegen das eigene Volk entwickelt. Wenn wegen Straßenunruhen der Belagerungszustand verhängt würde, sind nach dem Befehl die Militärbehörden angewiesen, Recht, Gesetz und Verfassung einfach mit Füßen zu treten, alle sozialdemokratischen Blätter zu unterdrücken und ihre Redakteure zu verhaften, ebenso alle Agitatoren, ohne Rücksicht auf die Immunität der Abgeordneten. Der Kampf soll mit Unerbittlichkeit geführt werden — Verhandlungen mit den Aufständischen werden verboten, Räubersführer und mit den Waffen in der Hand Ergreifene sollen sofort erschossen werden, kurz, Pardon wird nicht gegeben! So phantastieren unsere Herrschenden vom Kriege gegen das eigene Volk und rüsten dazu. Der Sozialdemokratie sagt das nichts Neues, sie weiß längst, daß ihren Gegnern alle Mittel recht sind, um ihre Herrschaft gegen den Willen des Volkes zu behaupten. Ebensowenig ist unsere Partei davon überrascht, daß selbst die am weitesten linksstehende fortschrittliche Presse nichts oder doch nur sehr wenig gegen diesen Korpsbefehl einzuwenden hat, der den nackten Bruch des Rechtes in Aussicht nimmt. Das kämpfende Proletariat wird sich allein auf sich selbst verlassen und unbekümmert um die Kriegsvorbereitungen der Herrschenden seinen geraden Weg gehen. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Ein kleiner gewerkschaftlicher Kampf, der kaum besonderes Interesse am Orte selbst erweckt hätte, hat dank dem Eingreifen der Polizei weit über Deutschlands Grenzen hinaus großes Aufsehen erregt. Der preußische Büttelgeist sorgt in sonderbarer Weise für den Ruhm des Vaterlandes! Der Streik von 140 Kohlenfuhrleuten und -verladern in Berlin hat die Veranlassung dafür gegeben. 43 Pf. Stundenlohn erhalten die Leute für ihre schwere und unsaubere Arbeit. 50 Pf. verlangen sie dafür. Die Firma Kupfer & Co., deren Teilhaber oder gar Hauptinhaber der große Kohlenmagnat Stinnes ist, verweigert die Lohnzulage. So kam es zum Ausstand. Arbeitswillige treten an Stelle der Ausständigen. Wenn sie mit den Kohlenwagen ausfahren, so werden sie von der Bevölkerung nicht eben mit Hochachtung begrüßt. Anfänglich können die Streikenden noch an die Arbeitswilligen heran, um zu versuchen, ihnen das Schimpfliche ihres Luns begreiflich zu machen und sie zur Solidarität mit ihren Brüdern zu mahnen. Das will die Firma nicht dulden, und sie geht die

Polizei um Schutz für ihre lieben Arbeitswilligen an. Bis dahin ist auch nicht einem einzigen Arbeitswilligen ein Haar gekrümmt worden. Wenn jedoch die Berliner Polizei erst auf den Plan tritt, hat die ruhige und friedliche Abwicklung öffentlicher Geschehnisse ihr Ende. Von sechs bis acht Schutzleuten eskortiert, ziehen die Kohlenwagen der Firma Kupfer & Co. die Straßen entlang. Ein eigenartiges, geradezu aufreizendes Schauspiel! Große Polizeitrupps patrouillieren durch die Straßen und treten in be-rühmter Berliner Schuhmannsmanier brutal gegen jeden friedlichen Passanten auf, dem es einfällt, einmal Halt zu machen. Das muß natürlich die Erbitterung der Bevölkerung verschärfen. Der lebhafteste Verkehr der in Betracht kommenden Straßen steigert sich abends nach Schluß der Geschäfte und Arbeitsstätten. Das Straßenbild wird belebter. Arbeitswillige sind nicht mehr zu schützen, die liegen auf dem Kohlenplatz der Firma in sicherer polizeilicher Hut, die Polizei wird aber trotzdem nicht zurückgezogen, sie waltet unter der Menge weiter ihres Amtes in provozierender Weise. Hier und dort mischen sich auch verdächtige Gestalten dazwischen, die skandalisieren und „Stimmung“ bringen. Es kommt zu Ansammlungen, zu Zusammenstößen mit der Polizei. Es ist unseres Erachtens aber unrichtig, die Krawalle nur auf Konto des „Janhagel“ zu setzen. Zunächst kommt zweifelsohne in den Berliner Straßenkämpfen die verhaltene Volkswut elementar zum Ausdruck. Sie bedeuten eine geradezu explosive Entladung der Mißstimmung weiter Bevölkerungskreise, eine Mißstimmung, die ständig durch das Auftreten der „hohen Vöblischen“ erzeugt wird und sich allmählich wachsend seit langem angeammelt hat. Dazu kommt die augenblickliche Provokation der Bevölkerung seitens der Polizeihelden. Man muß diese gesehen, muß gehört haben, wie sie sich mit ihren Ruhmestaten brüsten! Da will jeder Pöbelhaubenträger „am gründlichsten zwischengeschlagen“ haben. Und wenn noch ein hütelstrome Bürger im Zweifel wäre, ob die Volksmenge wirklich die Polizei zu ihren Brutaltaten anreizt, so wird ihn die Attade auf die ausländischen Journalisten endgültig darüber aufgeklärt haben, wo der schuldige „Mob“ zu suchen ist. Nichts war geeigneter, das losakische Wüten der Polizei zu beleuchten, als dieses Heldenstück. Es hat den deutschen Polizeistaat im Ausland bis auf die Knochen blamiert — soweit das noch nicht geschehen war. Wir gönnen unverhohlen der Polizei diese Blamage, wenn wir auch tiefe Scham darob empfinden, daß sich die vielgepriesene deutsche Gastfreundschaft Ausländern gegenüber so infam bekundet hat. Wohl haben sich der preussische Minister und der Polizeipräsident bei den mißhandelten englischen und amerikanischen Pressevertretern entschuldigt, diese aber lassen sich mit Recht nicht daran genügen, sondern richten eine Protestnote an das auswärtige Amt. Wären zufällig statt Journalisten vier Arbeiter oder gar Streikende in dem von der Polizei überfallenen Auto gewesen, es hätte keine Entschuldigung gegeben, selbst wenn sinnlose Polizeiwut die ohne Anlaß Überfallenen in Stücke gehauen hätte. Was will angesichts der Tatsachen das heiße Bemühen der Scharfmacherschmierfinken sagen, die Berliner Vorgänge dem Transportarbeiterverband und der Partei anzukreiden? Es ist bezeichnend, daß diese edlen Herren sich im Verlangen nach noch „schärferen Maßnahmen“ überschreien und so tun, als ob die erstarrte Partei- und Gewerkschaftsbewegung die Zusammenstöße verschuldet habe. Schon anfangs der achtziger Jahre, als Partei und Gewerkschaften noch schwach waren, haben ähnliche Straßenschlachten in Berlin stattgefunden, und zwar anlässlich des Streiks in der großen Nähmaschinenfabrik von Lister & Roshmann. Allerdings mit dem Unterschied, daß die Polizei damals nicht entfernt so brutal auftrat wie heute. Diese scheint es darauf anzulegen, durch ein russisches Knutenregiment der deutschen und insbesondere der Berliner Arbeiterschaft Respekt vor der Staatsgewalt einbläuen zu wollen. An 300 Blessierte zählt man bis jetzt. Wegen des Schutzes von etwa 20 Arbeitswilligen ist ein volkreicher Stadtteil in einen Belagerungsbezirk, in ein Schlachtfeld verwandelt worden. Aber mehr als eine Familie ist schweres Leid hereingebrochen. Aus der Saat der Drachenzähne aber, die von der Polizei in Moabit ausgesäet worden ist, werden mit der Zeit geharnischte Kämpfer aus dem Boden wachsen. Am letzten Ende haben unsere Gegner wieder einmal für uns gearbeitet.

Neben diesen aufregenden Ereignissen in Berlin treten andere Vorgänge des gewerkschaftlichen Lebens zeitweilig in den Hintergrund. Und doch erheischen die Differenzen in der Metallindustrie das größte Interesse. Wenn der Werstarbeiterausstand nicht beendet wird, so sollen am 8. Oktober 60 Prozent aller in der Metallindustrie Beschäftigten — mehr als 400 000 — ausgeperrt werden. Also haben die Metallindustriellen beschlossen. Die Arbeiter würden natürlich nicht so gutmütig sein, die Ausführung dieses Beschlusses ohne weiteres geschehen zu lassen. Viele Ver-

sammlungen haben schon beschlossen, die angedrohte Maßnahme damit zu beantworten, daß alle Arbeiter der Metallindustrie sofort die Arbeit niederlegen. Inzwischen haben wiederholt Verhandlungen stattgefunden, über deren Ergebnis jedoch nichts in die Öffentlichkeit dringt. Am 3. Oktober traten die Beauftragten von beiden Seiten zur letzten Verhandlung in Hamburg zusammen, dort sollte endgültig über das Weitere entschieden werden. Nach den letzten Depeschen sind die Verhandlungen gescheitert. Ein Kampf von gewaltigem Umfang, von größter Tragweite würde anheben, wenn diese Nachricht sich bewahrheitete.

Aus Anlaß eines Streiks bei einigen Firmen in Forst bereitet sich in der Lausitzer Textilindustrie eine große Aussperrung vor. Wird sie Wirklichkeit, so fliegen 18 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen auf's Pflaster.

Der Kampf in der Nürnberger Bleistiftindustrie, der mit einem Streik bei der Firma Faber begann und eine große Sympathieaussperrung zeitigte, konnte dank des standhaften Aushaltens der Kämpfenden, besonders der Arbeiterinnen, mit gutem Erfolg für die Proletarier beendet werden. Die Arbeitszeit wurde von 56 Stunden pro Woche auf 55 1/2 Stunden herabgesetzt; Männer bekommen künftig 35 und 36 Pf., Frauen 21 und 22 Pf. Stundenlohn. Für Akkordarbeiten gibt es sogleich 5 Prozent, Anfang 1912 weitere 5 Prozent Zuschlag. Die Akkordlöhne dürften damit für Arbeiter auf 26 bis 33 Mk. pro Woche steigen, die für Arbeiterinnen auf 15 bis 18 Mk. Der abgeschlossene Tarifvertrag gilt bis 1914. Wie viel die gewerkschaftliche Organisation der Bleistiftarbeiter, der Holzarbeiterverband, dazu getan hat, damit der Erfolg gesichert wurde, braucht kaum besonders erwähnt zu werden. Die Errungenschaften müssen eine Mahnung zur Stärkung der Organisation sein. #

Aus der Textilarbeiterbewegung. Die Durchführung der neuen, am 1. Januar in Kraft getretenen Gewerbeordnungs-Novelle stößt beim Unternehmertum noch immer auf Widerstand. Sehr zuflatten kommt diesem dabei die wirtschaftliche Krise, welche die Kraft der Arbeiterinnen im Kampfe schwächt. Die Nichtachtung der gesetzlichen Bestimmungen ist deshalb dort am meisten bemerkbar, wo das Geschäft seit langem schwer daniederliegt und die Eigenart des Betriebs unregelmäßige Arbeitszeiten und Überarbeit einzelner ohne besondere Schwierigkeiten gestattet. In besonders hohem Maße ist das letztere in dem großen Wirkereigebiet des sächsischen Erzgebirges der Fall. Hier wechselt Überarbeitszeit mit stark verkürzter Arbeitszeit ab. Der Textilarbeiterverband hat in dem Gau Erzgebirge eine Umfrage veranstaltet über die Dauer der täglichen Arbeitszeit vor dem 1. Januar 1910 und nach dem 1. Januar 1910. Bei der Umfrage kommen 440 Betriebe in Frage. Davon beschäftigten 8 Betriebe ausschließlich nur Arbeiterinnen, 25 Betriebe nur männliche Personen. Von der Gesamtheit dieser Betriebe arbeiteten 249 pro Woche 60 Stunden und darunter. Den Inhabern der übrigen Betriebe gab der von der Krise verursachte kolossale Druck, welcher auf den Arbeitern lastet, den Mut, den vordem errungenen Zehnstudententag wieder zu durchbrechen. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Höchst-arbeitszeit der Arbeiterinnen werden in 169 Betrieben nicht beachtet. Die Überschreitung der festgelegten Zeit beträgt an den ersten fünf Arbeitstagen fünf Minuten bis zu einer Stunde pro Tag, an Sonnabenden erreicht sie bis zu zwei Stunden und zehn Minuten. Vielfach wird an den ersten fünf Arbeitstagen weniger als 50 Stunden gearbeitet, an Sonnabenden dagegen über die gesetzlich festgelegte Zeit hinaus. Gefördert wird das Durcheinander durch die zum Teil in der Unsicherheit des Rohstoffmarktes, vor allem des Baumwollmarktes, begründete Zurückhaltung der Käufer. Die Lager der Verbraucher sind vielfach geräumt. Die künftige Preisgestaltung ist unsicher. Man lebt aus der Hand in den Mund. Das Eingehen kleiner eiliger Aufträge ist die Folge. Diese Tatsache darf keinesfalls die organisierten Textilarbeiter zum Schweigen bestimmen. Der geringe gesetzliche Schutz unserer Arbeiterinnen muß unter allen Umständen hochgehalten und die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen erzwungen werden. Mit Hilfe der Organisationsleitung der einzelnen Orte muß zu diesem Zwecke die Gewerbeinspektion mobil gemacht werden. Außer den erwähnten Übertretungen der Gewerbeordnung sind noch 42 Betriebe vorhanden, in welchen an Sonnabenden nach Schluß der Arbeitszeit die Arbeiterinnen das Reinemachen des Arbeitsraumes besorgen müssen. Nach Hause wird entgegen den gesetzlichen Bestimmungen Arbeit noch in 32 Betrieben mitgegeben. —

Drei schöne Erfolge brachten die vergangenen Wochen wiederum dem Deutschen Textilarbeiterverband. In Olsnitz i. B. vereinbarten die Organisationsvertreter mit den Färbereibesitzern

nach kurzem Lohnkampf den Zehnstundentag für alle männlichen Arbeiter bei gleichbleibendem Lohne. In Apolda kam es zum Abschluß eines Tarifvertrags mit dem „Wirkerverband“ der dortigen Unternehmer. Festgelegt wurde bis zum 31. Dezember 1912 die 58stündige Arbeitswoche und die 1½stündige Mittagspause. Der Lohn wurde im Durchschnitt um etwa 10 Prozent erhöht. Für Überstundenarbeit tritt eine 25prozentige Erhöhung, für Nacht- und Sonntagsarbeit eine 50prozentige ein. Die erste und zwölfte Arbeitsstunde gilt als Überstunde. Alle weiteren Arbeitsstunden werden als Nachtarbeit berechnet. Zur gegenseitigen Überwachung ist der Innungsvorstand und der Gesellenausschuß zuständig. Ein dritter Vertrag wurde abgeschlossen mit der Kofshaarspinnerei Joseph Steinberg in Gütersloh. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 54 Stunden, der Lohn der Kofshaarspinner 4,85 M. pro Tag. Hilfsarbeiter erhalten pro Tag 3 M., nach Ablauf von 2 bzw. 6 Monaten 3,25 und 3,50 M. pro Tag. Arbeiterinnen bekommen im ersten Monat 2,20 M. und vom zweiten Monat ab 2,40 M. Vom 1. Februar 1911 ab wird 2,50 M. pro Tag gezahlt. Holzschuhe, wasserdichte Schürzen und Anzüge werden, wo erforderlich, von der Firma unentgeltlich geliefert. Überstunden werden mit 50 Prozent, Sonntagsarbeit ebenfalls mit 50 Prozent Aufschlag bezahlt. Der Vertrag gilt bis 15. März 1911. Er läuft weiter, wenn er nicht einen Monat vorher gekündigt wird.

Die Stickerbranche Plaunens steht wiederum im Zeichen der Tarifbewegung. Im vorigen Jahre wurden bekanntlich dort 168 Tarifverträge abgeschlossen. Davon sind nun zum 31. Oktober 88 gekündigt. Diese 88 Firmen besitzen zusammen 580 Maschinen. Bei den übrigen 80 Firmen mit 690 Maschinen läuft der Vertrag ein Jahr weiter. Dem Beschluß einer Konferenz vom 11. September entsprechend ist den 88 Unternehmern ein neuer Tarifvertragsentwurf unterbreitet worden. Der Entwurf schließt sich im wesentlichen dem bestehenden Vertrag an. Eine Neuerung ist die Einbeziehung der Aufpufferinnen und Fädlerinnen. Es soll vertraglich ein Wochenlohn von 18 bis 20 M. für Aufpufferinnen und 13 bis 14 M. für Fädlerinnen festgelegt werden. Höchst wahrscheinlich wird es auch in diesem Jahre zu partiellen Streiks kommen. Mehr als 80 Prozent aller Sticker sind organisiert. h. j.

In die Gewerkschaftsbewegung der Arbeiterinnen in Schwerein scheint jetzt mehr Leben zu kommen. Wie schon berichtet, hatten sich Textilarbeiterinnen dem Verband angeschlossen. Leider sind einige unter ihnen wieder sahnenflüchtig geworden, vor allem infolge mangelnder Aufklärung, für die bis zum Jahre 1908 nicht das geringste getan wurde. Doch trotz allem ist der Anfang gemacht, und wir hoffen, daß der Bach munter weiter plätschert, bis er zum mächtigen Strome wird. Diese Aussicht liegt trotz der großen Hindernisse in nicht gar so weiter Ferne. Flößen doch jetzt schon die Anfänge der Bewegung den Unternehmern Sorge ein. Ein Färbermeister der Firma, bei der Verbandsmitglieder tätig sind, ging zuerst mit spizen Redensarten, Drohungen usw. gegen die organisierten Arbeiterinnen vor. Als sich dies jedoch im allgemeinen wirkungslos erwies, verhielt er sich 10 bis 14 Tage ganz ruhig. Doch diese Ruhe war nur eine scheinbare. Die Firma suchte in den Zeitungen Arbeiterinnen für ihren Betrieb, und es wurde ohne eigentlichen stichhaltigen Grund einer Arbeiterin, die zufällig (?) im Vorstand der Gewerkschaft tätig ist, gekündigt. Die Gekündigte fand jedoch sofort wieder bei einer anderen Firma Arbeit, so daß die Maßregelung für die Firma ohne positiven Erfolg blieb. Dagegen waren die Bemühungen des Verbandes erfolgreich. Es gelang, einige der sahnenflüchtigen Mitglieder wieder für die Gewerkschaft zu gewinnen, ja es traten sogar noch einige andere Arbeiterinnen dem Verband bei. Auch besteht die begründete Aussicht, daß bald noch mehr Mitglieder gewonnen werden können. Dazu wird auch die Tatsache beitragen, daß unlängst einigen Verbandsmitgliedern von der Firma eine Lohnerhöhung von täglich 10 Pf. zugebilligt wurde. Dieses Vorgehen der Firma ist nach Ansicht der betreffenden Arbeiterinnen lediglich auf ihre Verbandszugehörigkeit zurückzuführen. Die Genossinnen vom Wahlverein haben es sich ebenfalls zur Aufgabe gemacht, eine umfangreiche Hausagitation zu entfalten, um die Textilarbeiterinnen aufzuklären. Wir hoffen, daß die Tätigkeit einen guten Erfolg zeitigen wird. Wenn die proletarische Frauenbewegung — von einer bürgerlichen Frauenbewegung spürt man hier nicht den leisesten Hauch — auch nur langsam fortschreitet, so ist ihr Weg um so sicherer und zielbewußter. Die Zahl der weiblichen Mitglieder im Wahlverein mehrt sich mit jedem Monat, und mit ihr schreitet auch die politische Schulung der Frauen stetig vorwärts. u. r.

Notizenteil.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Die zunehmende Arbeitsteilung in der Wäschennäherei und ihre Folgen treten immer mehr zutage. Die Wäschennäherei wird bekanntlich fast durchweg als Heimarbeit betrieben. Da nun der Fabrikant bei der Ausgabe und Annahme von Arbeit mit möglichst wenig Leuten verhandeln will, hat das Zwischenmeisterystem immer mehr Eingang gefunden. An diese Zwischenmeister liefern die Arbeiterinnen die zu Hause angefertigte Arbeit ab; außerdem errichten die Herren große Nähstuben, in denen sie Arbeitskräfte beschäftigen. Diese Einrichtung ist für die Unternehmer mit zweierlei Vorteilen verknüpft. Sie ermöglicht nicht nur eine ausgedehnte Verwendung der billigen Lehrlingsarbeit, sondern begünstigt auch eine weitgehende Arbeitsteilung, die wiederum die Ausdehnung der Lehrlingsarbeit erleichtert. Früher stellte die Näherin ihre Arbeit allein fertig. Jetzt arbeitet sie mit anderen Hand in Hand. Man unterscheidet schon jetzt Vorrichterinnen und Stepperinnen. Bei dieser Art der Arbeitsteilung kann natürlich mehr produziert werden, sie gereicht also dem Unternehmer zum Nutzen. Dagegen bedeutet sie unter den heutigen Verhältnissen eine Schädigung der Arbeiterin, die eine nur einseitige Ausbildung bekommt und durch den Mangel an Abwechslung in der Betätigung gesundheitlich leidet, was besonders die Ärzte der Krankenkassen konstatieren können. Bekanntermaßen ist ja eine Arbeit, die stets dieselben Organe in Anspruch nimmt, weit aufreibender als eine andere, bei der durch Wechsel in der Beschäftigung — mag er auch noch so geringfügig sein — die angespannten Nerven und Muskeln zeitweilig durch andere abgelöst werden. Diesen ungünstigen Einflüssen der vermehrten Arbeitsteilung kann durch Herabsetzung der Arbeitszeit entgegen gewirkt werden. Um sich diese zu erkämpfen und ihre Rechte zu verteidigen, muß jede Näherin sich dem Verband der Schneider und Schneiderinnen anschließen und in seinen Reihen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in ihrem Gewerbe wirken. g. b.

Bevölkerungsbewegung.

Eheschließungen und Ehescheidungen im Deutschen Reiche. Die Zahl der Eheschließungen ist wesentlich abhängig von der jeweiligen Konjunktur und der Höhe der Lebensmittelpreise. Diese alte Erfahrung wird auch von der neuesten Statistik bestätigt. Im Jahre 1906 wurden 498990 Ehen geschlossen. Dabei kamen auf das Mille der Bevölkerung 8,2 Eheschließungen. Im Jahre 1907 waren 503964 Eheschließungen zu verzeichnen, das macht pro Mille der Bevölkerung nur 8,1 Eheschließungen. Ihre Zahl war damit auf den Stand von 1905 gesunken. Im Jahre 1908 betrug sie sogar mit 500620 Eheschließungen nur noch 7,9 pro Mille, ein Tiefstand, der dem in den Jahren 1891 bis 1895 entspricht. Außer diesen vom Stand des Wirtschaftslebens erzeugten Schwankungen ist aber auch eine dauernde langsame Abnahme der Eheschließungen zu verzeichnen, die mit der fortschreitenden kapitalistischen Produktion im Zusammenhang steht. Diese schafft Verhältnisse, dank deren in den mittelbürgerlichen Schichten die Eheschließungen zurückgehen und auf ein späteres Alter verschoben werden. Sie bewirkt außerdem das Aufkommen aller derjenigen Einrichtungen, die im Gegensatz zu früher dem Manne auch außerhalb der eigenen Häuslichkeit ein bequemes Leben, die Befriedigung seiner Bedürfnisse ermöglichen, der Restaurants, der Konfektionshäuser, Wäschereien und dergleichen. Andererseits schränkt sie die Produktion in der Familie immer mehr ein und macht dadurch die Frau als Arbeitskraft im Hause immer mehr entbehrlich. Die Frau sieht sich gezwungen, ein anderes Tätigkeitsfeld zu suchen und sich neue Berufe zu erschließen. Dadurch ist auch für sie die wirtschaftliche Notwendigkeit, eine Ehe einzugehen, minder zwingend als in der vorkapitalistischen Zeit. Weit stärker noch als auf dem Gebiet der Eheschließungen tritt jedoch der Einfluß der kapitalistischen Ordnung auf dem der Ehescheidungen zutage. Im Deutschen Reiche erfolgten in den Jahren 1903 bis 1907 durchschnittlich 11337 Ehescheidungen pro Jahr, das heißt auf 100000 Einwohner 18,8 Ehescheidungen. Im Jahre 1908 betrug ihre Zahl 13327 oder für 100000 Einwohner 21,1. Dabei ist in fast allen Bundesstaaten eine Zunahme der Ehescheidungen zu verzeichnen. Ausnahmen machen neben einigen kleineren Staaten bloß das Königreich Sachsen, wo die Zahl der Ehescheidungen fast gleich geblieben ist, die Stadt Bremen mit einem Rückgang von 10 auf 100000 und Ost- und Westpreußen mit einer Abnahme von 1 auf 100000. Auffallend stark ist die Zunahme der Ehescheidungen in einigen Staaten, in denen die industrielle Entwicklung einen großen Aufschwung genommen hat. So ist die Zahl der Ehescheidungen in Württem-

berg von 11,7 auf 17,4 von 100 000 gestiegen. Württemberg steht damit allerdings noch immer unter dem Reichsdurchschnitt von 21,1, während die Zahl der Eheschließungen dem Durchschnitt von 7,9 pro Mille entspricht. Eine recht bedeutende Zunahme von 14,2 auf 18,3 ist auch in Neuß a. L. zu verzeichnen. Diese Steigerung wird jedoch in gewisser Hinsicht dadurch ausgeglichen, daß auch die Zahl der Eheschließungen sich mit 8,5 pro Mille ebenfalls nicht unbeträchtlich über den Durchschnitt von 7,9 erhebt. Eine bemerkenswerte Zunahme der Ehescheidungen ist auch für Schwarzburg-Rudolstadt zu verzeichnen, doch bleiben dort Eheschließungen und Ehescheidungen noch immer etwas unter dem Durchschnitt. Anders in Sachsen-Altenburg, wo die Zahl der Eheschließungen mit 8,6 den Durchschnitt übertrifft, und die Zahl der Scheidungen, die bisher mit 20,9 unter dem Durchschnitt stand, ihn mit 22,9 übersteigt. Sehr hoch im Verhältnis zu den Eheschließungen von 8,1 pro Mille ist gleichfalls die Zahl der Scheidungen in dem industriell hoch entwickelten Neuß j. L. Sie betrug in den Jahren 1903 bis 1907: 24,9, 1908: 29,9. Durch sehr hohe Zahlen der Ehescheidungen fallen noch die Provinz Brandenburg und das Königreich Sachsen auf. In Brandenburg gingen die Ehescheidungen 1908 von 27,2 auf 32,8 in die Höhe, während die Zahl der Eheschließungen 1908 nur 8,3 pro Mille betrug. Im Königreich Sachsen sind die Scheidungen von 31,5 auf 31,4 pro 100 000 zurückgegangen. Die Zahl der Eheschließungen betrug 1908 8,4 pro Mille. Am größten ist die Zahl der Eheschließungen und Scheidungen in den großen Städten. Es betrug die Zahl der

	Ehescheidungen pro 100 000		Eheschließungen pro 1000	
	1903 bis 1907	1908	1908	1908
Lübeck	28,5	42,0	8,2	
Bremen	47,3	37,6	9,4	
Hamburg	70,9	76,6	9,0	
Berlin	73,8	87,5	10,2	

Auffällig ist dabei das Hinausschnellen der Zahl der Scheidungen in Lübeck und ihr Sinken in Bremen. In den großen Städten steht zwar auch die Zahl der Eheschließungen über dem Durchschnitt, allein weitaus nicht in dem Maße, wie dies bei den Scheidungen der Fall ist, deren Zahl zum Beispiel in Berlin viermal so hoch ist wie der Reichsdurchschnitt.

g. h.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Von der sozialistischen Frauenbewegung in Serbien. In Belgrad tagte vor kurzem eine Frauenversammlung, in der Genosse Tucović, Sekretär der serbischen Sozialdemokratie, über die Internationale Frauenkonferenz in Kopenhagen berichtete. Angeregt durch das Beispiel ihrer Schwestern in anderen Ländern, beschlossen die serbischen Genossinnen, unter den arbeitenden Frauen Serbiens eine systematische Agitation zu entfalten. Die serbische Sozialdemokratie zählt ungefähr 200 weibliche Mitglieder, ebensoviel wie die freien Gewerkschaften, die von sozialistischem Geiste erfüllt sind. Die Genossinnen haben auf ihrer Zusammenkunft den Anschluß an die sozialistische Fraueninternationale erklärt und werden mithin in regelmäßige Verbindung mit der internationalen Sekretärin treten. Die Versammlung nahm eine Resolution an, welche die grundsätzlichen Richtlinien der zu entfaltenden Agitation festlegt und sich über die Mittel dazu äußert. Die Resolution hat folgenden Wortlaut: „Ihre Interessen als Weib und als Proletarierin gebieten der Frau des werktätigen Volkes, sich eifrig an den Kämpfen der Sozialdemokratie zu beteiligen. Denn die Sozialdemokratie als die allein wahre und konsequente Demokratie ist die einzige Partei, die grundsätzlich jede privatrechtliche und öffentlich-rechtliche Bestimmung bekämpft, in der die Abhängigkeit und Unterdrückung der Frau zum Ausdruck gelangt. Als die revolutionäre Partei, die für eine radikale Umwälzung der Gesellschaft kämpft, ist die Sozialdemokratie die einzige Trägerin des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse überhaupt und der Frau im besonderen. Diese Befreiung ist einzig und allein möglich durch die Aufhebung des Kapitalismus und die Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Die Versammlung erklärt es für eine Pflicht der arbeitenden Frauen, in ihrem eigenen Interesse den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen beizutreten und den Kampf der Sozialdemokratie mit allen Kräften zu fördern und zu unterstützen: die Arbeiterin gehört an die Seite des Arbeiters, die Sozialdemokratin an die Seite des Sozialdemokraten. Um eine planmäßige Agitation für den Sozialismus in die Wege zu leiten, beschließt die Versammlung: 1. die Errichtung eines Zentralsekretariats der sozialdemokratischen Frauen Serbiens, das mit Hilfe der Vertrauenspersonen im Lande die Abhaltung einer allgemeinen

Frauenkonferenz im Anschluß an den nächsten Parteitag vorbereiten wird; 2. die Herausgabe eines sozialdemokratischen Frauenblattes; der Parteivorstand soll aufgefördert werden, die Redaktion und Administration des Blattes zu unterstützen; 3. einen Aufruf an alle Genossen, die Bewegung in erster Linie dadurch zu fördern, daß sie bei ihren Ehefrauen und Schwestern das Interesse dafür wachrufen. Die Versammlung ist überzeugt, daß die Genossinnen und arbeitenden Frauen im ganzen Lande ihre Bestrebungen unterstützen werden. In Erwägung, daß mit der fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung die Zahl der in den Fabriken, Werkstätten und Staatskanzleien tätigen Frauen wächst, ist die Versammlung ferner überzeugt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse die Frauen dazu zwingen werden, das öffentliche Leben zu verfolgen, die vorliegenden besonderen Verhältnisse zu studieren und an der sozialen Arbeit und den Interessenkämpfen teilzunehmen. Dieser ihr Kampf kann aber nicht geführt werden im engen Rahmen, in dem ihn die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen propagieren. Er muß geführt werden um alle Forderungen der Frau auf kulturellem, politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, wie er in der ganzen Welt von der Sozialdemokratie und den sozialdemokratischen Frauen in ihren Reihen geführt wird.“ Inzwischen sind bereits Schritte getan, die obigen Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Demnächst wird die erste Nummer der serbischen sozialistischen Frauenzeitung erscheinen. Wir begrüßen das Vorgehen unserer serbischen Genossinnen auf das Herzlichste und wünschen ihrer Agitation vollen Erfolg.

Frauenstimmrecht.

Für das aktive und passive Wahlrecht der Frauen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten sprach sich auf dem Verbandstag der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zu Köln in der zweiten Hälfte des September Fräulein Dr. Bernhard als Referentin zu der Frage aus. Die Dame beilegte sich leider, sofort Wasser in den Wein dieser selbstverständlichen Forderung zu schütten. Sie erklärte, es als eine Abschlagszahlung zu begrüßen, wenn den Frauen zunächst auch nur das aktive Wahlrecht zukommen würde. Der Vertreter der deutsch-nationalen Handlungsgehilfen, Herr Fuß, ging nicht einmal soweit. Seiner erhabenen Meinung nach fehlt den Frauen die Befähigung sogar zur Ausübung des aktiven Wahlrechts. Soviel Einsichtslosigkeit im Zeitalter ausgebeuteter Frauenarbeit!

Verschiedenes.

Die Kunst, von Lust zu leben, möchte der Kapitalismus gern dem Proletariat beibringen. Das beweist wieder einmal die Art, wie in der obersten Klasse der Volksschule in Gera der Kochunterricht erteilt wird, der die jungen Mädchen des Proletariats für ihre spätere Tätigkeit als Hausfrau vorbereiten soll. Welchen Begriff die Verfasser der dort geltenden Kochrezepte davon haben, wie jemand ernährt werden muß, der schwere körperliche Arbeit verrichtet, zeigen folgende Speisezettel der Kochschule: Möhren mit Salzkartoffeln und Schöpstalg (33 Pf. für 4 Personen), gemischtes Gemüse mit Schöpstalg (33 Pf. für 4 Personen), grüne Bohnen mit Schöpstalg und Salzkartoffeln (22 Pf. für 4 Personen), Erbsenbrei mit Speck und Zwiebeln (27 Pf. für 4 Personen), Kartoffelbrei mit Speck und Zwiebeln (18 Pf. für 4 Personen). Nur ausnahmsweise werden Gerichte einmal mit sogenannter Naturbutter soll zu vier Fleisch gegeben werden. Und doch muß man der Schulbehörde noch dankbar sein, daß sie wenigstens Speck und Zwiebel verwenden läßt. Hat doch der Fabrikant Peter in Newigg die Menschheit mit einem Kochbuch beglückt, nach dessen Rezepten aus Kartoffeln, Knochen und Würstbrühe Mahlzeiten hergestellt werden. Die Naivität solcher Volksbeglucker ist erlaunlich. Sie raten den Ausgebeuteten, den Hungerriemen immer enger zu schnallen, damit diese womöglich noch mehr ausgebeutet werden können. Sind die Herren denn blind für die wachsenden Ansprüche des Proletariats, für das immer regere Klassenbewußtsein, das in der ausgebeuteten Massen lebendig wird und auf Umsturz einer Gesellschaftsordnung drängt, in der der Faulenzer im Wohlleben schwelgt und der schuftende Arbeiter die notwendigsten Lebensbedürfnisse entbehrt, eine Gesellschaftsordnung, in der der alte Vers gilt: „Wenn du aber gar nichts hast, ach, so lasse dich begraben, Denn das Recht zum Leben, Lump, haben nur, die etwas haben.“ M. J.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Zeilin (Bundel), Wilhelmstraße, Post-Bezirk bei Stuttgart.
Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.